

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (acht Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost.

Nr. 118

Magdeburg, Freitag, den 21. Mai 1897.

8. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Das Gesetz zur Förderung der Sozialdemokratie,

wie heute im Reichstage die preussische Novelle zum Vereinsgesetz vom Abgeordneten Aylward bezeichnet wurde, lag heute der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses zur ersten Beratung vor. Wie wir angenommen, wurde Artikel I und III der Vorlage abgelehnt, Artikel II mit einer Aenderung angenommen. Da eine Generaldebatte abgelehnt war, wurde sogleich in die Beratung der einzelnen Artikel eingetreten. Folgender Bericht liegt hierüber vor:

Artikel I.
Versammlungen, welche den Strafgesetzen zuwiderlaufen, oder welche die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates, oder den öffentlichen Frieden gefährden, können von den Abgeordneten der Polizeibehörde (§ 4 der Verordnung vom 11. März 1850) aufgelöst werden.

Hierzu liegen zwei Anträge vor. Zunächst ein Antrag v. Heydebrand (konf.), welcher vor Artikel I einen neuen Artikel I a setzen will, der der Landespolizeibehörde die Befugnis beilegt, Versammlungen, welche nach Artikel I aufgelöst werden dürfen, schon vorher zu verbieten. Statt „öffentliche Ordnung“ beantragt v. Heydebrand zu setzen „öffentliche Ordnung“. Der Antragsteller begründet seinen Vorschlag durch den Wunsch, die Aufregung, welche mit einer Auflösung verbunden sei, möglichst zu vermeiden. Abg. v. Zedlitz (freik.) und Schmieding (natl.) widersprechen dem Antrage. Graf Limburg-Stirum meint, es könnten doch Zeiten kommen, wo die Präventiv-Maßregel zweckmäßig sei. Abg. Busch (konf.) weist darauf hin, daß die baltische Gesetzgebung von 1867 eine entsprechende Bestimmung habe, ebenso das sächsische Gesetz. Unterstaatssekretär Braunbehrens bemerkt, die Regierung verschleife sich den Erwägungen zu Gunsten dieses Antrages nicht, aber sie war der Ansicht, sich nur auf das mindeste Beschränken zu sollen und habe bezüglich dieses Punktes keine solche Zweifel für den gegenwärtigen Rechtszustand. Abg. Dr. Klasing (konf.) fragt, ob denn angenommen werde, daß jetzt ein Verbot zulässig sei, abgesehen von dem doch gewiß unzureichenden Falle, daß eine Auflösung nach der landrechtlichen schärferen Bestimmung zulässig sei, wenn eine Auflösung das notwendige Mittel sei, den Frieden zu sichern. Unterstaatssekretär Braunbehrens erwiedert, daß er allerdings die landrechtliche Bestimmung im Auge habe und man es bei dieser bewenden lassen könne.

Der Antrag v. Heydebrand wird schließlich mit 9 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Die Diskussion wendet sich nun zu Artikel I. Abg. v. Heydebrand befürwortet den Antrag, statt des subjektiv aufzufassenden Begriffs „öffentliche Ordnung“, den objektiven Begriff „öffentliche Ordnung“ zu setzen. Abg. v. Zedlitz sieht in diesem Vorschlage eine Verbesserung und bittet um nähere Erläuterung des Artikels. Der Regierungsvertreter erklärt sich dahin, daß eine Versammlung nach ihrem Zwecke oder ihrer Thätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen müsse, als Voraussetzung der Auflösung. Abg. Dr. Krause-Königsberg (nat-lib.) ist der Meinung, gerade diese Aufklärung gebe zu schweren Bedenken in Betreff der richtigen Handhabung seitens der Polizeibehörde Anlaß. Die Verbesserung in „öffentliche Ordnung“ mache ihm Artikel I keineswegs annehmbarer. Abg. Dr. Osvald (natlib.) hebt hervor, einer Versammlung fehle die Natur einer „Persönlichkeit“, die bei Zuwiderhandlungen gegen Strafgesetze erforderlich sei. Der Regierungsvertreter meint, eine Kollektivität von Personen sei deliktfähig, wenigstens im Gebiete des Zivilrechts. Strafrechtlich strafbar seien zwar nur die dabei thätigen physischen Personen, aber die Zurechnung im weiteren Sinne, im Sinne der Vorlage, könne die Versammlung als solche verantwortlich machen. Abg. Dr. Klasing tritt dieser Theorie entgegen, während Unterstaatssekretär Braunbehrens sie aufrecht erhält. Abg. Klasing ist der Ansicht, bei Vereinen könne diese Unterscheidung möglich sein, nicht aber bei Versammlungen. Bei der Abstimmung wird Artikel I mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt, ebenso Artikel III (Schließung der Vereine durch die Landespolizeibehörde).

Es folgt die Beratung des

An Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder beraten werden, dürfen Minderjährige nicht teilnehmen. Abg. Dr. Krause fragt zunächst an, was geschehen solle bei Versammlungen, die nicht beabsichtigten, politische Angelegenheiten zu behandeln, in denen dies aber nachher geschehe. Er meint, nur die Versammlungen, welche solche Absicht hätten, unterliegen der Anzeigepflicht, und nur von diesen wünscht er die Minderjährigen ausgeschlossen. Unterstaatssekretär Braunbehrens erachtet dafür, daß auch zufällige Erörterung politischer Angelegenheiten den Charakter erfülle. Abg. Dr. Bachem (Str.) meint, Versammlungen, bei denen eine politische Aktion nur nebenher vorkomme, dürften keineswegs von dem Verbot getroffen werden. Beispielsweise wenn in einer Vergnügungsgesellschaft ein Toast auf Fürst Bismarck ausgebracht werde, was doch zweifellos ein politischer Vorgang sei, oder etwas Ähnliches. Er wendet sich sodann gegen die Konsequenz, daß die minderjährigen Kaufleute, Gesellen usw. von Versammlungen ausgeschlossen werden sollen und damit die beste Gelegenheit gewonnen werde, den sozialdemokratischen Einflüssen ein Gegengewicht zu bieten. Er wünscht, daß Artikel II abgelehnt werde, eventuell will er das Verbot der Minderjährigen auf das Alter bis zu 15 Jahren beschränkt wissen und stellt entsprechende Aenderungsanträge. Abg. Dr. Krause beantragt, hinter „beraten werden“ das Wort „sollen“ anzufügen. Abg. v. Zedlitz meint, die Ausführungen Bachems müssten diesen selbst dahin führen, sozialdemokratische Versammlungen auch durch das Gesetz zu bekämpfen. Das müsse geschehen, weil die Sozialdemokratie gerade das Versammlungsrecht als schärfste Agitationswaffe verwende. Die Sozialdemokraten ständen im der Zahl ihrer Versammlungen allen übrigen Parteien und Bestrebungen voran. In Versammlungen sozialer und wirtschaftlicher Art dürften die Minderjährigen verdrängt, auch wenn das Gebiet der Politik

dabei gestreift werde. Abg. Schmieding (nl.) begründet den Antrag Krause betreffend die Einschaltung des Wortes „sollen“, denn die Minderjährigen müßten von vornherein bei Berufung einer Versammlung erscheinen können, ob die Versammlung politisch sei oder nicht, ob sie also hineingehen dürften oder nicht. Andererseits tritt der Redner für den Ausschluß der Minderjährigen bis 21 Jahre aus politischen Versammlungen ein, sowohl weil den unreifen Leuten eine Beteiligung an der Politik nicht heilsam sei, als auch weil die Versammlung selbst ohne Teilnahme Minderjähriger sich würdiger gestalte und den gefassten Beschlüssen höheres Ansehen gebe. Ernsthier Arbeiter liefen Gefahr, von jugendlichen „Radaubrüdern“ unterdrückt zu werden. Er sei aber der Meinung, wenn die Teilnahme der Minderjährigen verboten sei, so müßte diese Teilnahme bestraft werden.

Inzwischen war Minister v. d. Neke erschienen. Er gab interessante Aufschlüsse, trat auch lebhaft für Artikel II ein. Der Herr Minister führt aus, daß ihm — man achte seine Worte — vielfach von Industriellen die Teilnahme von Minderjährigen an politischen Versammlungen als das Schädlichste vorgestellt worden sei und als ein Punkt, bei dem hauptsächlich der Hebel bei einer Revision des Vereinsgesetzes anzusetzen sei. Leider verschwiege der Herr Minister die Namen der Industriellen. Abg. Graf Limburg führt aus, daß bei der Einschaltung des Wortes „sollen“ es dahin kommen würde, eine Versammlung scheinbar als unpolitisch zu bezeichnen und dann hinterher vor Minderjährigen Politik vorzutragen. Er verneint es, daß das Gegengewicht der gut gearteten Versammlungen von Bedeutung sei gegenüber der psychologischen Wirkung geheimer schlechter Einwirkungen. Er glaube überhaupt nicht, daß man mit guten Lehren und Vorstellungen die sozialdemokratische Einschaltung mit Erfolg bekämpfen könne, ohne gleichzeitig die Macht des Staates zu Hilfe zu nehmen. Er möchte zwischen „öffentlichen“ und „politischen“ Dingen unterscheiden, und leitete daraus das Bedürfnis ab, zur Handhabung dieser Unterscheidung in der Praxis der Behörde ein diskretionäres Ermessen zu erteilen. Unterstaatssekretär Braunbehrens ist gegen die Einschaltung des „sollen“, was die Verwaltung zu sehr beschränken würde. Abg. Dr. Zimmer ist derselben Meinung. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bedürfe man nicht der Politik in evangelischen Vereinen werte man lediglich mit patriotischen und religiösen Argumenten. Abgeordneter Koeren (Str.) weist auf die Schwierigkeit der Unterscheidung hin, was Politik sei, und was nicht. Die Gefahr liege in der Unmöglichkeit für die unteren Polizeibehörden, das Richtige zu treffen. Er schloß wie Abg. Dr. Pörsch führen eine Reihe von Beispielen an, um das darzulegen. Minister v. d. Neke weist darauf hin, daß die Schwierigkeit der Feststellung des Begriffs „politisch“ auch in der jetzigen Gesetzgebung bestehe. Abg. Krause (natl.) tritt für Artikel II ein. In der weiteren Debatte beteiligten sich noch wiederholt die Abgg. Dr. Lieber, Dr. Klasing und Regierungsvertreter. Bei der Abstimmung wird zunächst nach dem Antrag Krause die Einfügung des Wortes „sollen“ angenommen, sodann wird der so abgeänderte Artikel II angenommen, ebenso werden die beiden ersten Absätze von Artikel IV angenommen, welche den Ausschluß Minderjähriger aus politischen Vereinen vorschreiben. Dafür stimmen Konservative, Freikonservative und — Nationalliberale. Die Minderheit bilden die Freisinnigen, Centrum und Polen.

Was nun?

Wird das Plenum in gleicher Weise entscheiden? Oder werden die Konservativen und Freikonservativen, da sie ihren Willen nicht durchsetzen konnten, gegen die ganze Vorlage stimmen. Wird man sich mit dem Ausschluß der Minderjährigen und der Aufhebung des § 8 begnügen?

Und was thut die Regierung?

Wißt sie durch Herrn v. d. Neke verkündet „Namen nicht, denn nicht“ oder wird sie das Abgeordnetenhause auflösen? Alles Fragen, die sich uns unwirklich aufdrängen.

Doch mag das Plenum und die Regierung entscheiden wie sie wollen — in allen Fällen erleidet die Regierung eine empfindliche Niederlage. Und die Parteien, welche die Regierung scharf gemacht, die unsichtbaren und unantastbaren Kräfte, welche die Regierung auf diese Bahnen gedrängt haben, haben die bereits bedenklich im Sinken begriffene Autorität des Staates auf das empfindlichste geschädigt.

Von diesem Schlage wird sich die Regierung nie wieder erholen. Uns ist eine Waffe in die Hand gedrückt, deren Bedeutung sich im nächsten Wahlkampfe zeigen wird.

Politische und volkswirtschaftliche Leberlei.

In Parteizeitungen, die sich die Aufgabe gestellt, das deutsche Volk von dem Proteste gegen die Umsturzvorlage abzuhalten, wird bemerkt: die Ablehnung derselben durch die Kommission ist gesichert. Man lasse sich durch derartige Nachrichten nicht täuschen. Die Situation ist sehr ernst. In parlamentarischen Kreisen spricht man bereits von Kompromissen und geheimen Verhandlungen. Im großen und ganzen soll die Annahme der Vorlage in einer direkten auf die Sozialdemokratie hinweisenden Amendierung durch einzelne Abtrünnige aus zwei Lagern gesichert sein. Deshalb erlauben wir nicht in dem Kampfe gegen die Reaktion.

Nach dem nationalliberalen Hannoverschen Courier wird die preussische Regierung eine bedauerliche Niederlage erleben, die sie allein verschuldet hat, deren Folgen man aber leider in einer Verschlechterung der gesamten innerpolitischen Lage und sicherlich auch bei der Wahlbewegung und den Wahlergebnissen spüren wird. An anderer Stelle haben wir eine ähnliche Meinung geäußert.

Nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung besteht die ernsthafteste Pflicht Verdunkelungen des Thatsbestandes und Regierungsabsichten entgegenzutreten. Demzufolge werden die Beamten aufgefordert in die politischen Versammlungen zu gehen und die Umsturzvorlage zu verteidigen. Sied uns herzlich willkommen, hochbede Herr! Wer eröffnet den Reigen?

In dem neuesten Hefte der im Verlage von Faber erscheinenden Selbstverwaltung wird vorgeschlagen: Die ausgedienten Unteroffiziere zu Volksschullehrern zu machen. Dr. Konrad Bornhal, Professor der Rechte an der Berliner Universität, hat dies wunderbare Rezept entdekt, womit dem preussischen Heere ein Stamm guter Unteroffiziere erhalten bleiben soll. Begründet wird dieses Rezept wie folgt: „Können die Militäranwärter sich die Ausbildung für den höheren Subalternendienst aneignen, so vermögen sie sich die weit geringeren Kenntnisse zu erwerben, die der Schuldienst erfordert. Und da die hervorragend verantwortungsvolle und selbständige Stellung der Gendarmen ausschließlich von ehemaligen Soldaten ausgefüllt wird, so ist nicht abzusehen, weshalb von allen Unterbeamtenstellen gerade die der Volksschullehrer den Militäranwärtern vorenthalten wird, die als Unteroffiziere schon ein gewisses pädagogisches Talent entwickelt haben.“ Das sind ja herrliche Gedanken. Es herrscht ja noch nicht genug Unzufriedenheit. Glaubt man, die Volksschullehrer werden diese Herabsetzung ihres Standes so ruhig dulden?

Auf die schädigenden Wirkungen unserer ökonomischen Verhältnisse wies in der Kreisynode Berlin II Synodale Prediger Hirsch hin. Anknüpfend an die gestern von uns wiedergegebene Aeußerung betreffend der „Jungfrauen“ sagte Prediger Hirsch: „Es bedauere, daß der Berichterstatter die schädigenden Wirkungen unserer ökonomischen Verhältnisse auf unser Familienleben ganz außer Acht gelassen hat. Wenn der Vater des Morgens auf Arbeit geht, die Mutter für die Familie mitverdienen muß, die Kinder auf der Straße sich selbst überlassen bleiben, dann können von einem echten Familienleben keine Rede sein.“ Stimmt.

Herr v. Röller ist allem Anschein nach dennoch zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein ausersehen. Warum sollte so ein verdienstvoller Minister nicht Oberpräsident werden?

60 beim Bau beschäftigte Arbeiter sollen in Wiesbaden dem deutschen Kaiser Ovationen dargebracht und Blumenpenden überreicht haben. Wie die Blätter melden zeigte sich der Kaiser hierüber hoch erfreut.

In parlamentarischen Kreisen wird der Tausch-Prozeß viel besprochen. Allerlei Ueberraschungen werden angefündigt. Sie entziehen sich jedoch unserer Kontrolle. Der Wichtigkeit der Sache wegen werden wir ausführlich über den Prozeß berichten und zu diesem Zweck von Dienstag an bis zum Schluß der Verhandlung der Volksstimme eine Beilage beifügen.

Die Vereinsgesetznovelle — ein neues Bindemittel.

Eine Partei, welche die freie Meinungsäußerung nicht angetastet wissen will, muß selbst die Freiheit der Meinungsäußerung achten. Das geschieht seitens der Sozialdemokratie. Auf dem Boden des Programms stehend, haben die Sozialdemokraten unter einander von dem Rechte der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, unbekümmert der läppischen Angriffe und Verdächtigungen unserer Gegner.

Wie oft sind Sozialdemokraten über programmatische Fragen und Fragen der Taktik geteilter Meinung gewesen; wie oft sind die Geister auseinandergeplatzt — manch harter Strauß ist auf Kongressen, in Flugschriften und der Presse ausgefochten worden. Aber so hart zuweilen der Kampf, so erbittert zuweilen die Gemüter, heilt die Demokratie obflüchtig und die unterliegende Minderheit der stehenden Mehrheit sich untergeordnet. Der heiß ersehnte Wunsch unserer Widersacher: die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei würden zu einer Spaltung der Sozialdemokratie führen, ist nicht in Erfüllung gegangen und — fügen wir hinzu — wird nicht in Erfüllung gehen.

Bollmar ist oft gegen Bebel ausgespielt worden. Von einer Partei Bebel haben wir oft gehört aus dem Munde unserer Gegner. Neuerdings sollen sich unüberbrückbare Gegensätze zwischen Schönlank und Liebknecht aufgethan haben. Ach wie herzlich schlecht beurteilen

Belegnummern halbes Abonnementpreis:
Vierteljährlich inkl. Druckkosten 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1,70 Mk. 2 Exemplar 2,90 Mk.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk. monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,60 Mk. inkl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf. mit Neue Welt 10 Pf.
Belegnummern Nr. 7242.
Inscriptionsgebühr 15 Pf.

doch unsere Gegner Lattil und Ziele der Sozialdemokratie. So wenig Vollmar, Bebel, Schönant, Liebknecht oder sonstwer im Stande ist die Partei zu zerklüften, so wenig glauben die Parteigenossen selbst an eine Partei Vollmar, Bebel, Schönant oder Liebknecht. Wer es wagen sollte eine Zerklüftung unserer Partei herbeizuführen, der hätte am längsten in der Partei gelebt — sei es wer es wolle. Und zu unserem Stolz können wir verkünden, daß nicht ein einziger unter uns auf eine Zerklüftung unserer Partei abzielt.

Doch weshalb diese Auseinandersetzung? Weshalb die Wiederholung alter Wahrheiten?

Unsere Widersacher benutzen den gewaltigen Protest des Massenbewußten Proletariats gegen die geplante Entrechtung des Volkes zur Auffischung jenes Märchens, das erzählt von der Uneinigkeit und Zerfahrenheit der sozialdemokratischen Partei, und andeutet: daß durch die Vereinsgeseknovelle ein Bindemittel geschaffen sei, das die Vollmarianer bis zu den Elementen umschlingt, die den Genossen Spöhr und Vandauer sehr nahe stehen.

Der Magdeburgischen Zeitung ist es vorbehalten gewesen, diese Märchen ihren Lesern zu offenbaren. Daß die „Vollmarianer“ mit den „Elementen“, die Spöhr und Vandauer nahe stehen, gemeinsam gegen die Anebelung der Koalitionsfreiheit ankämpfen, ist richtig; es wäre auch unverantwortlich von den anarchistischen „Elementen“, wenn sie vor Erdrosselungsgepolitik mit Gewehr bei Fuß gegenüber stehen würden. Vollständig daneben gehalten wird aber mit der Bemerkung „Vollmarianer“, womit die vorstehend besprochene Spaltung der Partei angedeutet ist. Nur Bosheit und Unverstand vermögen unsere Partei nach dem Namen eines Parteigenossen zu gliedern. Und Vollmar selbst würde diese Führerrolle einer so bestimmt angedeuteten Gruppe entschieden zurückweisen.

Es ist nicht uninteressant, die Gründe näher kennen zu lernen, welche der Magdeburgischen Zeitung Veranlassung gaben, dieses Urteil abzugeben. Die 14 in Berlin einberufenen Versammlungen sind Angriffsobjekt. „Es wird die größte sozialdemokratische Demonstration werden, die Berlin seit längerer Zeit erlebt hat“ — orakelt die Magdeburgische Zeitung.

Und diese Demonstration soll die „große Zerklüftung“ unserer Partei verdecken.

Hören wir: „Bei Gelegenheit des Hamburger Hafenarbeiterstreiks wollte man eine Massendemonstration des arbeitenden Volkes ins Werk setzen, aber man befürchtete ein elendes Fiasko. Die Meinungen gingen weit auseinander; die weniger gut bezahlten Weber, Schuhmacher, Schneider sahen mit einem gewissen Meid auf die Hamburger Schauerleute, die sehr hohe Löhne verdienen. Bei einer anderen Gelegenheit, bei Aufhebung des Bierboylotts, fanden sich die Genossen sehr scharf gegenüber; die einen schrien Verrat; und so war es bei Beendigung des Konfektionsarbeiterstreiks; hier waren es besonders die anarchistischen Elemente, die gegen den Friedeschluß donneten und weitertraten. Eine einheitliche sozialdemokratische Massendemonstration haben wir seit langen Jahren nicht gehabt (die Volksversammlungen am 18. März und 1. Mai interessierten nur einen Teil der Genossen). Diesmal sind sie alle einig und alle interessiert; bei der großen Zerklüftung, die durch die Reihen ging und die zweifellos nach allen Anzeichen an Stärke zugenommen hätte, ist nur zu beklagen, daß die Vereinsgesetz-Novelle ein neues Bindemittel geschaffen hat.“

So die Magdeburgische Zeitung und — antimilitärische Organe belohnen getreulich nach.

Wir sind vermessener genug, den Parteigenossen im Gunde die volle Größe der Zerklüftung der Partei, die Uneinigkeit und Zerfahrenheit der Parteigenossen vor Augen zu führen. Wir üben hieran nicht weiter Kritik und heftigen uns mit der einfachen Wiebergabe der jedenfalls allen Parteigenossen unbekanntem Ereignisse.

Mögen unsere Gegner fortfahren, sich selbst über die Bewegung der Sozialdemokratie zu täuschen; mögen sie fürder aufrollen ein Bild der Zerfahrenheit und Uneinigkeit der deutschen Sozialdemokratie.

Die nächsten allgemeinen Wahlen geben Antwort! Bis dahin Geduld! —

Italien.

Männerstolz vor Königsthronen.

Dem Vorwärts geht aus Turin folgender Bericht zu: Während der Feier zum Andenken an den fünfzigjährigen Bestand der Verfassung Savoyens, der die königliche Familie betwohnte, trug sich folgender Vorfall zu. Der Prof. de Mantuis, ein echt konservativer Mann, der sich aber viel mit dem Sozialismus und den Arbeiterfragen beschäftigt, wünschte nach Beendigung der Ceremonie dem Könige die Vertreter der Arbeitervereine vorzustellen. Der König lehnte es ab, er habe jetzt keine Zeit mehr, die Arbeiter möchten nach seinem Palais kommen. Der Professor antwortete: Majestät! Sie haben recht sehr nötig, sich Popularität zu erringen. Ihr Vater Viktor Emanuel würde eine solche Antwort nicht gegeben haben. Der König geriet in große Aufregung, die Königin rief dem Präsidenten der Kammer zu: „Entfernen Sie diesen Ungezogenen!“ Darauf rief der Professor das Ordensband von seinem Rock und warf es dem Präsidenten vor die Füße. Der Präsekt gebot dem Professor, sich zu entfernen. Der Vorfall wird in Turin und in der Presse stark kommentiert. —

Vor dem Untersuchungsrichter.

Aus Rom geht dem Berliner Tageblatt folgendes Telegramm zu: „Frau Crispi wurde gestern vom Untersuchungsrichter über ihre Beziehungen zum Bankdirektor Favilla vernommen. Was Crispi selbst betrifft, so heißt es, dasselbe werde sich darauf berufen, daß er nur in seiner Eigenschaft als Minister und im Staatsinteresse von Favilla Summen erhielt, weshalb nicht das Gericht, sondern lediglich der als oberster Gerichtshof konstituierte Senat über ihn zu befinden habe.“ Wie es scheint, will sich der schlaue Fuchs aus der Schlinge ziehen. —

Türkei.

Der Abschluß des Waffenstillstandes.

Die Waffenstillstandsbedingungen in Epirus sind folgende: „Von diesem Augenblicke an (ein Uhr Nachmittags 19. Mai) tritt der Waffenstillstand zwischen den Kriegführenden ein. Die osmanischen Truppen nehmen die Stellungen wieder ein, die sie vor dem Kriege auf dem rechten Ufer des Arachtus innehalten. Die griechischen Truppen gehen auf das linke Ufer zurück.“ Der Vertrag ist griechischerseits von Major Soatjo, von den Türken durch Mustafa Bey und Sali Bey unterzeichnet. —

Parlamentarische Nachrichten.

Aus dem Reichstage. Gestern wurde ohne Diskussion zu Beginn der Sitzung der dritte Haushaltsetat zum Reichshaushalt in erster Lesung angenommen. Demnach schloß sich die dritte Lesung der Rommenda-Vorlage, welche aber zu einer unwahrscheinlichen Debatte nicht mehr führte. Jeder gegen die Ammenseiten Schwarz, Wenzel und Förster sowie der Bauernführer Hilbert ihr Sprüchlein gegen die ungeliebte Vorlage noch einmal auf, aber keiner dieser Redner vermochte durch seine Ausführungen das Ohr des Hauses

zu gewinnen. Interessanter war die Ausführung des bayerischen Verno, welcher Einspruch erhob gegen die Behauptung, daß preussische Entwürfe nur bringe, was in Bayern bereits Recht sei. Der Redner wies besonders darauf hin, daß der bayerische Landtag eine Kommission eingesetzt habe mit dem Auftrage, das bestehende Vereinsgesetz im freihändlerischen Sinne umzuändern (speziell das Koalitionsverbot für politische Vereine und die Hindernisse bei der Wahlnahme ihrer gewerkschaftlichen Interessen beseitigen). Herr Verno konstatierte, daß in Bayern die erstreckten Änderungen bereits verwirklicht wären, wenn man dort nicht die die Aussicht auf ein Reichs-Vereinsgesetz zurückgehalten worden wäre. Die hierauf erfolgende Abstimmung ergab daselbst Resultat mit der zweiten Lesung. Heiterkeit und Beifall erregte es, daß Prinz Hohenzollern, der Sohn des Reichskanzlers, ebenfalls für den Antrag stimmte. Hieraus wurde die Verhandlung über die Handwerker-Vorlage fortgesetzt, und zwar bei § 81 b. Derselbe handelt von dem Recht der Zünfte, ihre Wirksamkeit auch auf Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen z. Ausbildung der Handwerksangehörigen auszuweiten, sowie Meister- und Gesellenprüfungszeugnisse auszustellen, gewerbliche Schiedsgerichte und gemeinschaftliche Geschäftsbetriebe einzurichten. Gegen die Erteilung dieser Befugnisse an Zünfte polemisierte in trefflicher Rede der Abg. Brähne, welauf die Inferiorität der Zünfte auf dem Gebiete des Lehrplans und Unterrichtswesens hinwies. Der Redner hob besonders an den Wert der gewerblichen Schiedsgerichte hervor und wies er Angriffe auf diese Institute sowie den Versuch, sie den Zünften auszuliefern, zurück. Unsere Abgeordneten haben eine Reihe entsprechender Anträge gestellt. Dasselbe ist geschehen von dem freisinnigen Abg. Dr. Schneider und Gen. Alle diese Anträge sind aber bedauerliche Miße. Die Rechte mit dem Centrum und den Nationalliberalen bilden eine kompakte Majorität, und ohne sie an der Diskussion zu beteiligen und ohne auf die Gründe der Redner von der Linken mit Gegengründen zu antworten, benutzt die Majorität ihre Macht und stimmt geschlossen alle Anträge nieder. Die Vorlage muß gleich werden um jeden Preis und so vertritt unsere Genossen Schmidt-Berlin und Reichhaus, welche wieder das Wort nahmen, die reine Sympthasarbeit. So kam die Beratung bis zu dem Abschnitt „Zwangszimmungen“, bei welchem Vertagung auf morgen 1 Uhr eintrat. —

Vater und Sohn!

Im Reichstage wurde heute nach kurzer Debatte m. überwältiger Mehrheit in dritter Lesung der Gesetzesentwurf betreffend das Verbot der Verbindung politischer Vereine angenommen.

Mit der Opposition stimmte auch Prinz Hohenzollern der Sohn des Reichskanzlers.

Ein beachtliches Zeichen.

Die Sitz des Ministeriums sowie der Bundesratsmitglieder blieben leer — nicht ein Vertreter der Reichsregierung und des Bundesrats wahrte der Verhandlung bei. Ein noch beachtliches Zeichen! —

Tages-Chronik.

Magdeburg, den 21. Mai 1897.

— Gegen die preussische Vereinsgesetzvorlage hat sich wie uns mitgeteilt wird, der „Vorwärts“ des Wahlvereins Magdeburg der freisinnigen Volkspartei erklärt. Er fasste den Beschluß, „an das Haus der Abgeordneten das Ersuchen zu richten, den Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Vereinsgesetzes, insofern derselbe die Aufhebung des Koalitionsverbots für politische Vereine betrifft, die Zustimmung erteilen, allen übrigen Teilen des Gesetz-Entwurfs aber die Genehmigung verjagen zu wollen.“ —

— Schließt das Magdeburger Bürgerium abermals in den bürgerlichen Zeitungen, allerdings nicht in den hiesigen wird das Bürgerium, welches noch einen Funken Freiheitsliebe im Busen trägt, aufgefordert, sich zusammenzufassen und gegen die preussische Umsturzvorlage zu protestieren. In Berlin und anderen Städten haben bereits Protestversammlungen des Bürgeriums stattgefunden, — aber Magdeburgs Bürgerium läßt nichts verlauten von einer Protestversammlung. Nur der „Vorstand“ des freisinnigen Vereins hat einen Beschluß gefaßt und will diesen dem Abgeordneten Hause übermitteln. Wagt das hiesige Bürgerium nicht, seine Stimme gegen Rechtsverfälschungen zu erheben? Ist es zu gleichgültig oder zu feige? Oder trägt es im Herzen den Gedanken: das Bürgerium werde sich ja nur gegen die so verhasste Sozialdemokratie wenden? Wir wollen heute nur Fragen stellen, später aber unser Urteil fällen über „unser“ Bürgerium. —

Feniletton.

Die Lüge.

(Fortsetzung.)

Es hatte sich nämlich in der Stadt ein Verein zur Besserung entlassener Strafgefangener gebildet. Der Pastor gehörte dem Komitee des Vereins mit an und trat warm für die Bestrebungen des Vereins ein. Dadurch war er mit Herrn Junhoff, dem Besitzer der größten Spinnerei der Stadt, in Streit geraten. Dieser, ein kleiner, hag- atziger Mann, von beängstigender Seibekfülle, eiferte gegen den Verein.

„Wohltätigkeit“ rief er, „janzahl — Wohlthaten und ungeliebte ist unsere Schicksalspflicht. Aber man darf die Sache nicht übertrieben betreiben. Betrücker zu bestrafen, das ist eine Sympthasarbeit. Ein Betrücker ist nie ganz zu bestrafen. Man betrachte doch das Strafmateriel, welches die Verbrecher hervorbringt. Es sind die unteren Sozialklassen, in denen sie liegen, unvollständig und un- lügend überhand nehmen. Ja dieser Ungehörige lebt in —, und er wird immer, früher oder später, verurteilt. Ein Betrücker ist nie ganz zu bestrafen, das ist meine Meinung, leben Sie.“

„Wir haben aber schon — Resultate erzielt,“ sprach der Pastor, „denn wir dürfen nicht vergessen, daß ein großer Teil von Verbrechern durch die Erziehungsanstalten erlangt wird. Zudem man dem Eingekerkerten die Strafe erleichtert, führt man ihn schon auf den Weg der Besserung. Ich will nicht polemisieren, aber ich meine, ein solcher Verbrecher ist doch nicht alles so tollkühn.“

„Ne, jetzt fangen Sie auch noch an, Herr Pastor,“ rief Herr Junhoff entrüstet. „Wenn nicht alles tollkühn ist, so ist es nicht unsere Schuld. Die Justizverhältnisse sind als höchstes zur Besserung der Art. Wir verheiraten Millionen Verbrechen, wir tragen Sünden für den Staat, wir beteiligen uns an Wohlthätigkeitsbestrebungen und unterstützen sie mit unserem Gelde. Heute findet jeder Arbeit, der arbeiten will, und wenn jemand zum Verbrecher wird, so ist es seine eigene Schuld, und — ich habe dabei — solche Leute sind nicht zu bestrafen.“

Dr. Barfus hatte dem unheimlichen Streit zu, mit — gehaltenen Augen. „Wah! ein unheimlicher Streit — und dieser Großstadtmoral! Er gab sich gewandt

die Wäre, seine Meinung durch triftige Gründe zu stützen, mit kindlicher Rechthaberei beharrte er darauf und verlangte, jeder solle ihn respektieren, weil er der Reichste war.

Herr Junhoff hielt jetzt den Augenblick für gekommen, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Er mischte sich plötzlich in das Gespräch, indem er sagte: „Ich bin so ziemlich Ihrer Meinung, Herr Junhoff, möchte jedoch auch nicht diejenige des Herrn Pastors gänzlich verwerfen. Ich glaube, daß ein Verbrecher, der über seine erste schlechte That noch nicht hinausgekommen ist, noch zu bessern ist, aber er ist nur mit Strafe zu bessern.“

„Ne, das beweisen Sie mir erst mal,“ sprach Herr Junhoff.

„Ich könnte Ihnen sofort mit einem Beweise dienen,“ sprach Junhoff fort und er vermochte nur mühsam seine Erregung zu unterdrücken. „Ich habe die keine Gerichte in mein Haus aufgenommen, als sie das Gesangsniß verließ und habe durch Strafe die besten Erfolge erzielt.“

Die Damen und Herren sahen sich verwundert an.

„Die keine Gerichte, was war das doch gleich?“

„Die keine Gerichte,“ fragte eine der Damen, „hat sie nicht einmal gesehen?“

„Nein,“ erwiderte der Schuldirektor mit Nachdruck. „Sie erinnern sich gewiß noch des Prozesses Gerichte, in welchem ein dreizehnjähriges Mädchen verurteilt wurde, weil es kein Verbrecher ins Wasser geworfen hatte.“

„Ach ja — jetzt erinner ich mich auch!“

„Und dieses Mädchen haben Sie im Hanje, Herr Schuldirektor?“ fragte ungläubig Herr Junhoff.

„Janzahl. Das Mädchen hat drei Jahre im Gefängnis gesessen und als sie entlassen wurde, war sie ganz hübsch. Da habe ich es für meine Schicksalspflicht gehalten, die Verbrecherin in mein Haus zu nehmen. Ich er- giebte sie mit unerbittlicher Strafe und ich bin überzeugt, daß ich sie wieder auf den Weg des Guten bringe.“

Es herrschte allgemeine Stille, als er geendet hatte. Er sah vor sich hin und dachte sich, gleichgültig zu er- scheinen. Aber sein Innerer schrie, sagte ihm, welche großen Eindruck seine Worte auf alle Anwesenden gemacht hatten. Man sah ihn an mit Blicken der Bewunderung. Er war doch ein großer, imponierender, körperlicher Mann. Selbst der Pastor war stolz, denn dies war zugleich ein Triumph über die Meinung des Herrn Junhoff.

Nur zwei Personen betrachteten diesen ehrsüchtigen

Selbstling. Frau Maria und Herr Dr. Barfus. Frau Maria war schon mehrmals unruhig auf dem Stuhle hin- und hergerückt und hatte ihrem Manne mit den Augen ein Zeichen gemacht. Aber er beachtete sie gar nicht und nun ahnte sie, daß er mit Maria etwas besonderes vor- habe. Auch Dr. Barfus sah klar, was da kommen sollte. Er lehnte sich in seinem Stuhl zurück, kreuzte die Arme und erwartete ruhig den Moment, da er den berechnen- den Streber mit einer schlagenden Bemerkung nieder- schmettern könne.

Die Anwesenden hatten sich von ihrer Ueberraschung erholt.

„Eine Mörderin!“ rief Frau Junhoff ganz entsetzt. „Das muß doch ein schreckliches Gefühl für Sie sein, Frau Schuldirektor, mit diesem Geschöpf unter einem Dach zu leben. Wenn sie nun plötzlich über Sie herfiel — o Gott!“

Frau Maria schüttelte nur den Kopf und bemühte sich zu lachen.

„Sie ist nicht so schlimm,“ erwiderte für sie der Schuldirektor. „Ich habe sie, wie schon gesagt, durch Strafe zum Guten erzogen.“

„Es ist wirklich außerordentlich,“ sprach Junhoff, „Wirklich, Herr Schuldirektor, ich bewundere Sie. Solch ein Geschöpf — dem müßten doch seine Leidenschaften von der Stirne abzuwischen sein.“

„Durchaus nicht. — Wenn Sie nichts dagegen haben, rufe ich sie einmal herein.“

Er hatte sich schon erhoben. Er sah nirgend's Wider- spruch. Auch der Pastor, welcher im Grunde genommen ganz harmlos war, nickte zustimmend. Nur Frau Maria hob hütdend die Hände.

„Ach nein — ich sehe wirklich nicht ein — das arme Mädchen — und die anwesenden Damen sind sicher nicht erbaut davon.“

„Aber warum denn nicht?“ rief Frau Junhoff rauh. „Wir sind alle geradezu gespannt.“

„Dann erfülle ich mit Vergnügen Ihren Wunsch,“ sagte Junhoff eifertig und damit war er auch schon zur Thüre hinaus.

Einen Augenblick blieb es still. Alle waren gespannt. Dann kam Barfus zurück und hinter ihm trat zögernd, verächtlich, mit geentstem Kopfe, Maria Gerichte herein.

(Fortsetzung folgt.)

Die Arbeiterchaft Magdeburgs beschämt das hiesige Bürgerthum. Schon einmal — letzten Sonntag — hat sie sich in imposanter Weise gegen die preussische Umstrukturierung erhoben...

Am Dienstag den 25. Mai findet im Saale zur Krone, Alte Neustadt, Molkenstraße, und Mittwoch den 26. Mai im Etablissement Friedrichslust, Sudenburg, Leipzigerstraße, eine

Protestkundgebung

gegen die preussische Vereinsgesetzvorlage statt. Vogtherr-Berlin referiert in beiden Versammlungen über die preussische Vereins- und Versammlungsfreiheit...

Wir weisen heute schon auf diese Protestveranstaltungen hin, damit ein jeder sich zu denselben vorbereiten kann.

Die Rede des freisinnigen Abg. Eugen Richter gegen die preussisch-deutsche Reaktion, welche er am 18. d. M. im Reichstage hielt, reproduzieren wir in heutiger Beilage nach dem amtlichen Stenogramm...

Kaisertage, eventl. Aufzug. Der Ausschuss der vereinigten Innungen zu Magdeburg hat in seiner Sitzung am 18. d. M. mit dieser Sache befaßt...

„Jederzeit bereit stehen, einen Aufzug zu veranstalten.“ Wir empfehlen den Funktionären, recht ernstlich die Frage zu erwägen...

Unfälle. Der Knecht Andreas F. ist beim Schuttabfahren in der Arenstraße, als er neben seinem Fuhrwerke herging, ausgerutscht...

Ballenstedt. (Revolver-Vittentat.) Der Sattlarbeiter Klein aus Thale schoß auf den Arbeiter Plätner, der ihn von weiterem Standhalten abhalten wollte...

Klostermannfeld. (Masernepidemie.) Hier mußte wegen einer stark auftretenden Masernepidemie, der schon mehrere Kinder erlegen sind, die Volksschulen geschlossen werden...

Mansfeld. (Vom Gewitter.) Die Gewitterregen der letzten Tage haben in der Provinz Sachsen und in Thüringen großen Schaden angerichtet...

Wiesfeld. (Feuer.) Ein Blitzschlag zündete ein Haus an. — Wallhausen. (Blitzschlag.) Im nahen Diebsdorf ist die Weisfische Mühle infolge Blitzschlags abgebrannt...

Zeitz. (Blitz auf.) Auf Grube Großschön schlug der niedergehende Forderort dem Aufsteiger Frische die Zehen des rechten Fußes ab...

Alt-Deetting. (Zugentgleisung.) Ein Materialzug, der zur Fertigstellung der Lokalbahn Alt-Deetting-Burghausen beschlehte und die Bahnarbeiter nach Hause brachte, entgleiste...

Dresden. (Selbstmord im Gefängnis.) Der frühere Katschebeamte Naabe, welcher sich im vorigen Jahre an dem Vöschwitzer Bräudersollennehmer thätlich vergreifen hatte und dafür zu längerer Freiheitsstrafe verurteilt wurde...

Leipzig. (Selbstmord.) Gestern morgen erschloß sich in Lindenau ein Gutsbesitzer von auswärts. Grund ist unheilbare Krankheit...

Leipzig. (Vom Brandunglück in der Klosterstraße.) Die drei verunglückten Feuerwehrleute sind, wie wir heute mitteilen können, nicht lebensgefährlich verletzt worden...

schweren Brandwunden an den Händen und am Gesicht längerer Krankenhauspflege. — Morchungen i. G.-L. (Entleibt.) In der Nacht zum 19. d. Mts. hat sich der Leutnant und Adjutant B. von der hiesigen Garnison durch einen Schuß entleibt...

Neueste Nachrichten.

Magdeburg. Ein von Berlin nach hier abgegangener Zug ist bei Stendal entgleist. Ausgehend ist es der 6 Uhr früh von Berlin abgehende und 9.10 Uhr hier eintreffende Personenzug...

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Zimmerer Magdeburgs und Umgegend. Bekanntlich findet am Dienstag, den 25. d. Mts., eine öffentliche Zimmerer-Versammlung im Luisenpark statt...

Für Tischler findet am Sonnabend, den 22. d. M., abends punkt 8 Uhr, im Dreikaiserbund eine Versammlung statt...

Verein Deutscher Schuhmacher, Zahlstelle Magdeburg. Auszug am Sonntag, den 23. Mai, nach Ottersleben (Samel'sches Lokal)...

Sonnabend, den 22. Mai: Verband Deutscher Zimmerer. Zahlabend abends 8 Uhr im Restaurant Tischlergasse 22. Verein Deutscher Schuhmacher (Zahlstelle Neustadt)...

Sonntag, den 23. Mai: Radfahrer-Klub „Frischlauf“ (Neustadt). Vorm. 7 Uhr Abfahrt vom Weissen Kirch. Fahrt nach Burg. Arbeiter-Radfahrerklub für Magdeburg und Umgegend...

2 Kinderwagen, eleg. neu, nur 15 u. Ein wenig gebrauchter Kinderwagen 20 Mk. Katharinenstr. 8, hochpart. zu verkaufen. Budau, Gnadauerstr. 6, d. I.

Die Freie Gemeinde Sudenburg hält ihr diesjähriges Kinder-Fest bestehend in Instrumental- und Vokal-Konzert mit nachfolgendem Tanzkränzchen am Sonntag, den 23. Mai 1897, von nachmittags 3 Uhr, in Iemsdorf, Lokal des Herrn E. Schütze, ab.

Luisen-Park. Der zum Sonnabend, den 22. d. M. geplante Familien-Ball kann eingetretener Umstände halber nicht stattfinden. Frau M. Wenck.

Den Mitgliedern des Central-Verbandes Deutscher Zimmerer (Zahlstelle Groß-Ottersleben) zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 22. Mai 1897 das diesjährige Stiftungsfest im Lokale des Herrn Fr. Strumpf stattfindet.

Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfs-Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlst. Neustadt bei Meyer, Fabrikenstrasse 5-6 mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Kassierers. 2. Verschiedenes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Sektion der Installateure. Versammlung am Sonnabend, den 22. Mai 1897, abends 8 Uhr, im Lokale „Burgallee“, Tischlergasse 23. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung. 2. Gewerkschaftsbericht. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Unerhört!!

billig kauft Jeder seinen Bedarf an Möbeln 1074 Spiegeln u. Polsterwaren Breiteweg 89/90.

Kleiderschrank, Vertikow u. Muschel-aufsatz von 36 Mk. an, Bettstellen mit Matrassen, 40 u. 45 Federn, sehr gut, von 28 u. 30 Mark an, Sofa von 36 Mk. an, Anrichten v. 18 Mk. an, sowie ganze Ausstattungen in Eise u. edlern Holz, Tisch, Stühle, Spiegel, Küchenschränke, außergewöhnlich billig.

Georg Mook Breiteweg 89/90.

Viktoria-Theater.

Sonnabend, den 22. Mai. Nobilität Zum 1. Male: Nobilität Trilby. Sensationelles Schauspiel in 5 Akten.

Fermerleben. Sonntag, den 23. Mai freies öffentl. Tanzkränzchen. Es laßt ergebenst ein Frau Lausch. 1078

CIRCUS-THEATER TÄGLICH 8 Uhr: Specialitäten-Vorstellung WELT-PROGRAMM.

Oeffentliche Versammlung aller in Tischlereien beschäftigten Gesellen und Arbeiter am Sonnabend, den 22. Mai 1897, abends punkt 8 Uhr im Dreikaiserbund, Gr. Storchstr. 7. Tages-Ordnung: 1. Feststellung über die erfolgte Arbeitsniederlegung. 2. Wahl eines Streikbureaus. 3. Verschiedenes. 1085

Oeffentliche Versammlung der Hafendarbeiter am Sonnabend, den 22. Mai, abends 8 Uhr in der „Krone“, Alte Neustadt. Tages-Ordnung: 1. Der Kampf ums Recht und was es bedeutet und denselben. 2. Freie Diskussion. Männer und Frauen, erscheint zahlreich! Der Einberufer.

Oeffentliche Versammlung aller in der Möbeltransportbranche beschäftigten Personen Montag, den 24. d. M., abends 8 Uhr im Saale des Herrn Müller, Tischlergasse 22. Tages-Ordnung: 1. Die Lage der Möbeltransportarbeiter und wie ist dieselbe zu verbessern. Referent: Kollege W. Bachmann, Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet Der Einberufer. 1086

Roeder & Drabandt Magdeburg Lederhandlung Bürcherei Schafffabrik Himmelreichstraße 23 Jakobstraße 25 B., Schönebeckerstraße 48 erbitten bei Bedarf Ihren werten Besuch. 1091

Mit festem Gehalt 1080 Jeden Sonnabend: frische Seefische: Kabelja, Seebrudene Agenter an jedem Orte an fleißigen und ehrenhaften Herrn zu vergeben. Fleißige Handwerker und Arbeiter werden gern berücksichtigt. Gest. Off. an W. O. Engel, Generalagent, Magdeburg, Heiligegeiststraße 12, erbeten. Hermann Bradinal Sudenburg, Breite Weg 16b

Die Rede des Abg. Richter.

(Nach dem amtlichen Stenogramm.)

Der Herr Staatssekretär v. Boetticher hat in seiner langen Ministerlaufbahn soviel vertreten, einander auch widerprechendes, Unhaltbares, daß ich mich gar nicht wundere, daß dieser verehrte Dauernminister auch diese Vorlage zu verteidigen übernimmt. Es kommt ihm dabei die ganze Gewandtheit zu statten, die er sich in so langer Zeit gewissermaßen als Sprechminister der Regierung erworben hat. So gut angebracht auch in gewissen Fällen der heitere Ton, die cavaliere Art, seine Bonhomie sein mag, heute ist sie deplaziert. (Sehr richtig, links.) Die Sache hat eine politische Bedeutung, die über den Inhalt des Antrags selbst noch weit hinausgeht (sehr richtig, links) und die wir deshalb nicht in dieser leichten Tonart zu besprechen gewillt sein können.

Befremdet muß es, daß der Herr Reichskanzler selbst nicht anwesend ist (sehr richtig) und daß man es nicht einmal angezeigt hält, einen Grund anzuführen, warum er vielleicht äußerlich verhindert ist; denn an ihn müssen wir uns — und das wollen wir uns von keiner Seite verbunkeln lassen — in erster Linie halten; er ist der uns verantwortliche Reichskanzler, seine Zusage als Reichskanzler hat die Mehrheit damals bestimmt, von einem Antrage zurückzutreten, seiner Zusage hat sie vertraut.

Der Herr Abgeordnete Dr. Vieber meinte, er wolle persönlich niemandem einen Vorwurf machen, weder dem Herrn Reichskanzler noch dem Herrn Staatssekretär v. Boetticher, noch sonst jemandem. Ich bin ganz anderer Ansicht, ich mache allen diesen Herren persönlich die härtesten Vorwürfe. (Beifall links.) Wo sollten wir bleiben, wenn wir in Sachen, wo das persönliche Vertrauen in die Wagschale geworfen wird, nachher die Personen außer Betracht lassen, wenn sie den Voraussetzungen zuwider gehandelt haben, fingieren wollen, annehmen bei denjenigen, von denen die Zusage gegeben wurde, sie hätten in gutem Glauben gehandelt, daß es nicht anders verstanden werden könnte. Ich weiß auch nicht, ob das die Herren Minister gerade als schmeichelhaft ansehen, daß sie sich nicht bewußt gewesen sind, wie ihre Zusage aufgefaßt wurde, denn wahrlich für das Vertrauen der Herren Minister würde eine solche Supposition kein besonders gutes Zeugnis geben.

Wir verdanken dieser Diskussion, daß sie Klarheit in der Situation geschaffen hat, daß sie auch das Märchen zerstückt hat, das draußen kolportiert wurde, und von dem wir sogar der Herr Abg. Singer angekränktelt haben, von einer schwarzen Seele und von einer heißen Seele in dieser Regierung. (Zuruf bei den Sozialdemokraten und große Heiterkeit.) Das ist die Legende, als ob die Herren von der schwarzen Seele in der Regierung, v. d. Rede, Schönstedt und andere überstimmt hätten im Ministerium die Herren von der heißen Seele, den Herrn Reichskanzler, den Herrn Staatssekretär v. Boetticher und wie diese ultraliberalen Herren Minister noch alle heißen mögen. (Große Heiterkeit.) Ja, meine Herren, man ist sogar so weit gegangen, und man kann es in der Centrumpresse lesen, daß nun die überstimmt Minister sich rächen würden, sie fügten sich nur aus Bosheit, um den Sturm gegen dies Gesetz in der Öffentlichkeit zu entfachen, einen Sturm, der, wie einst das Unterstichtgesetz den Grafen von Pöhlitz, dem Wunsche des Herrn Miquel gemäß, wegsetzte, auch dazu beitragen würde, sie der unbedingten Kollegen, der Herren v. d. Rede usw. zu entledigen. Nein, es ist heute klar gestellt: Die Herren Minister sind alle gleichwertig in der Regierung, wir haben ein ganz homogenes reaktionäres Ministerium. (Sehr richtig! links.) Davor soll doch niemand, der sehen kann, die Augen verschließen.

Wir haben hier keine Ursache, uns über die Herren Minister so besonders zu ereifern. Wir haben ihnen auch im vorigen Jahre nicht vertraut. Deshalb können wir auch nicht enttäuscht sein. Der Herr Abg. Hauptmann hat damals im vollen Einklang mit uns erklärt, daß wir der Zusage, wie sie damals aufgestellt wurde, kein Vertrauen schenken konnten. Wir waren der Meinung und haben auch so gestimmt, der Reichstag mußte die Gelegenheit bei dem Einführungs-gesetz wahrnehmen, seine Absicht durchzusetzen, und wenn auch die Herren Konservativen gegen das Bürgerliche Gesetzbuch gestimmt hätten, so wäre das Bürgerliche Gesetzbuch auch ohne sie zu Stande gekommen. Allerdings muß ich zugeben, daß für diejenigen, die damals der Erklärung der Regierung vertrauten, sich mildere Umstände anführen lassen. Wer vertrauensförmig angelegt ist oder wer, wie sich der Herr Abg. Richter gestern im preussischen Abgeordnetenhaus schilderte, ein unschuldigem Gemüt heftig (Heiterkeit), oder wer im parlamentarischen Umgange mit Ministern noch nicht klug geworden ist (Heiterkeit), der würde sich unter diesen Umständen allerdings veranlassen fühlen, sein Vertrauen zu schenken, so bedingungslos, so ohne jede Begleitung von Zweifeln wurde damals diese Erklärung abgegeben. Heute sagte der Herr Staatssekretär v. Boetticher: Wir haben doch keine autoritäre Regierung, was kann denn die Zusage des Herrn Fürsten von Hohenlohe anders bedeuten, als mit Vorbehalt der preussischen Minister. Nun gerade derselbe Herr Minister Boetticher hat damals in jeder Weise das Vertrauen, das die Worte des Herrn Reichskanzlers selbst noch nicht hervorgerufen wollten, seinerseits durch seine Äußerung zu stärken gesucht. (Sehr richtig! links.) Er hat gerade gesagt: Nach dem Meinungs-austausch, der unter den verbündeten Regierungen vorgegangen ist, (hört! hört! links), also man hatte sich schon verständigt. Es handelte sich also gar nicht mehr

um die autoritäre Diktatur. Herr v. Boetticher sagte, auch nicht von dem Standpunkt der Herren, die die schleunige Beseitigung des Verbots erheischen, liege kein Grund zur Besorgnis vor. Er suchte uns, der linken Seite, vorzustellen, daß, wenn wir der Regierung vertrauten, wir noch viel rascher als durch das Bürgerliche Gesetzbuch, daß erst im Jahre 1900 in Kraft treten würde, zur Erreichung unseres Zieles gelangen würden. Heute hat sich der Herr Staatssekretär in derselben Rede widersprochen. Einmal sagte er: der Herr Reichskanzler konnte ja garnicht wissen, wie seine preussischen Kollegen darüber denken, und ob sie andere Bestimmungen des Vereinsgesetzes bei Aufhebung des Verbots herbeiführen wollten, und zweimal hat er in derselben Rede versichert, es sei ein alter Herzenswunsch der preussischen Minister, sie seien sich längst darüber schlüssig geworden, daß sie solche Verschärfungen des Vereinsrechts in Preußen durchsetzen wollten. Ja, als ich bei der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats am 1. Dezember meine Verwunderung hierüber ausdrückte, warum man in der Thronrede eine Vereinsnovelle angekündigt habe, warum man nicht schlankweg das Verbot aufhebe, da machte der Herr Staatssekretär, der in meiner Nähe stand, einen beschwichtigenden Zuruf. Der Wortlaut wird ja in den stenographischen Berichten in solchen Fällen nicht erwähnt, was er aber gesagt hat, geht aus meiner nachfolgenden Bemerkung hervor: Ja, wenn Sie nur das beabsichtigen — also die schlank Aufhebung des Koalitionsverbotes — verehrtester Minister, da hätten Sie doch die Novelle längst einbringen können! Also in jener Situation noch wurden wir in der Annahme bestärkt, daß es sich im preussischen Landtage einfach um eine Aufhebung des Koalitionsverbotes handle. Hier gilt nun einmal nicht das Wort, man soll auch am Kanzlerwort nicht drehen und deuteln; hier gilt umgekehrt der Spruch: Bei den Diplomaten ist die Sprache erfunden, um die wahren Gedanken zu verbergen. (Sehr richtig! links.) Allerdings, da haben Sie auf der rechten Seite ganz recht. Herr Freiherr von Stumm hat hier ein anderes Programm entwickelt. Nun sagt Herr von Kardorff, warum haben Sie denn nicht darauf reagiert, warum haben Sie denn nicht dagegen protestiert? Ist denn der Herr von Stumm auch verantwortlicher Minister, daß man fragt, wie seine Rede mit den Ansichten des Herrn Reichskanzlers im Einklang stünde? (Sehr gut! links.) Es soll allerdings heute in Deutschland geben, die den Freiherrn von Stumm für den unverantwortlichen Mitregenten halten. (Sehr wahr! links.) Andere nennen ihn den Scharfmacher. Er mag es ja sein, nach einer anderen Richtung hin. Ich verehere ihn als Heileher: er prophezeit lange im voraus, was die Minister demnach zu wollen haben. (Heiterkeit.) Ich bin allerdings der Meinung, daß wir mehr als auf manches Ministerwort lauschen müssen, was Herr Freiherr v. Stumm für die Regierung als Programm aufstellt. Meine Herren, wir haben neulich gelesen, Herr Freiherr v. Stumm ist parlamentsmüde geworden, er will ein Mandat nicht mehr annehmen. Mich hat diese Nachricht mehr erschüttert, als wenn selbst Herr Staatsminister von Boetticher seinen Abschied nähme. (Große Heiterkeit.) Vielleicht ist der Triumph, den er jetzt erlebt — er ist ja leider heute nicht anwesend —, wie pünktlich die Regierung sein Programm vollzieht, geeignet, ihn wieder zu erfrischen und ihn dem Parlament zu erhalten. (Heiterkeit. Zuruf von den Sozialdemokraten.) Ja, das wäre der Triumph der Geschicklichkeit, wenn er nicht einmal anwesend zu sein brauchte und seine Instruktion von der Regierung ausgeführt würde. (Heiterkeit.) Ich bedaure, daß ich dem Herrn Reichskanzler gegenüber nicht auch der persönlichen Ausführungen einschlagen kann. Der Herr Reichskanzler hat gestern von seiner politischen Vergangenheit gesprochen. Ja, was sollen wir uns an die Vergangenheit halten, antiquarische Untersuchungen anstellen, wo die Gegenwart so deutlich spricht? (Sehr richtig! links.) Und diese Vergangenheit! Ist das nicht derselbe Herr Reichskanzler, der debütiert hat, indem er hier die Umsturzvorlage einbrachte, jene Umsturzvorlage, die so kläglich gescheitert ist und zu der sich nachher keine Partei mehr bekennen wollte? Die Umsturzvorlage und diese Novelle sind ganz ebenbürtige Geschwister von denselben Eltern. Ich bin weit entfernt, auch nur einen Vergleich mit Strobedakteuren anstellen zu wollen; aber der Gedanke ist doch richtig: Minister, die nach ihrer Vergangenheit in der öffentlichen Meinung noch etwas zu verlieren haben, sind die allergefährlichsten, wenn es gilt, eine reaktionäre Politik einzuleiten. Sie decken mit ihrem Namen die Einleitung einer solchen Politik, die nachher dann von anderer Seite fortgesetzt wird. (Sehr richtig! links.) Uns wäre es viel lieber, dieser Gesetzentwurf trüge seine richtige Entfaltung von einem richtigen Puttkamer oder von einem richtigen Tulenburg, dann würde man sofort schon von außen erkennen, was der böse Trank enthält, der hier dargereicht werden soll.

Der Reichskanzler hat sich zu entschuldigen gesucht damit, daß man dem preussischen Landtage ein Lösegeld zahlen müsse für die Aufhebung des Koalitionsverbotes in solchen Verschärfungen. Nun, meine Herren, ich bin der Meinung, wenn die Regierung schlankweg vor den Landtag getreten wäre und hätte gesagt: Hier handelt es sich um die Erfüllung eines gegebenen Wortes; was sonst noch im Vereinsrecht geändert werden kann, das steht auf einer anderen Seite, darüber kann man bei einer anderen Gelegenheit sprechen. Hier bitten wir unser Wort uns einlösen zu helfen, dann würden Sie noch Autorität genug besessen haben, im Landtage und auch in dem von Ihnen so gefürchteten Herrenhause, einen

solchen Paragraphen durchzusetzen. (Heiterkeit.) Wie hat die Regierung gehandelt? Sechs Monate lang hat man die Frage hin- und hergezogen, man hat im Landtage von Seiten der Regierung alle möglichen Fragen aufgeworfen, die man mit der Revision dieser Vereinsgesetze in Verbindung bringen wollte, die Regierung hat ja geradezu den Preis dieses Lösegeldes gesteigert in den Augen der Konservativen. Heute haben wir noch gehört vom Herrn Staatssekretär v. Boetticher, das Herrenhaus werde vielleicht noch viel mehr verlangen als wir geboten haben. Heißt das eine Aufhebung des Verbots erleichtern? Sie, die Minister, haben durch Ihr Verhalten ja geradezu die konservativen Parteien provoziert zu Forderungen der Verschärfung (sehr wahr! links.) Und noch mehr in den vertraulichen Vorbesprechungen, das ist doch jetzt zugegeben, hat die Regierung einen Entwurf vorgelegt, der noch weiter ging bis zu Präventivverböten gegen Versammlungen und Vereine, solche Vorschläge macht die Regierung, die selbst den Konservativen, und das will ich sagen, als eine zu übertriebene Forderung des Lösegeldes erscheinen.

Ich kann es nicht anders bezeichnen, es liegt hier eine Brücklerung des Reichstages vor, wie ich sie überhaupt in meiner parlamentarischen Vergangenheit noch nicht erlebt habe. Sie sagen, das ist keine Kriegserklärung. Nun, wenn man derartig schroff entgegenhandelt so brüsk, so mag man das eine Kriegserklärung nennen oder nicht, tatsächlich wird es als Kriegserklärung empfunden. Wenn man einem einen Faustschlag ins Gesicht giebt und sagt dazu mit freundlicher Miene: darum wollen wir keine Händel anfangen (Heiterkeit), dann faßt es derjenige, der den Schlag empfängt, doch anders auf. Versetzen Sie doch nicht die Sache hinter allerlei formale Einwendungen und Kompetenzfragen. Darauf muß hingewiesen werden, Sie handeln materiell schon nur in entgegengesetzter Richtung, wie es gerade im vorigen Jahre der Reichstag verlangt hat. Ich muß doch daran erinnern, daß damals aus der Initiative des Reichstages ein vollständiges Reichsvereinsgesetz hervorgegangen war, und daß dieses Gesetz in der zweiten Lesung hier von einer großen Mehrheit angenommen wäre und man es nur zurückstellte, um diese eine Frage des Koalitionsverbotes praktisch zu lösen. Der Reichstag hat in jenem Gesetz keine Verschärfungen verlangt, sondern umgekehrt weittragende Aufhebungen von bestehenden Beschränkungen. Sie haben darauf nicht eingehen wollen. Gut, das ist Ihr Recht, aber nun gehen Sie soweit, angesichts der Forderung, in diesem Initiativgesetz Beschränkungen aufzuheben, umgekehrt Beschränkungen neu einzuführen. Man kann gewiß nicht mehr einer Mehrheit einer Volksvertretung im Reichstag zuwiderhandeln, als es hier versucht wird. (Sehr wahr! links.) Und, meine Herren, das ist besonders häßlich, das Ausspielen des Landtages gegen den Reichstag (sehr richtig!) in Fragen der Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung, das Ausspielen der Dreiklassenwahl gegen das Reichstagswahlrecht! Mit Recht hat auch ein nationalliberaler Abgeordneter hervorgehoben, wie das gegen den Einheitsgedanken, gegen den Reichsgedanken verstößt. Wir haben ja manches erdulden müssen von dem Fürsten Bismarck; aber ich erinnere mich nicht, daß er jemals in dieser Weise in Fragen, die in die Zuständigkeit des Reiches fielen, es unternommen hätte, die Partikulargesetzgebung gegen die Reichsgesetzgebung zu Felde zu führen. Daran mußte ihn schon verhindern die Furcht, ein schlechtes Beispiel zu geben allen anderen Regierungen im Ansturm der Partikulargesetzgebung gegen den Willen der Reichsfaktoren.

Und dann, meine Herren, was ist das für ein Reichstag, gegen den Sie derart handeln? Ist das ein Reichstag mit liberaler Mehrheit? — Die Liberalen sind ja immer besonders schlecht behandelt worden. Nein, ein Reichstag, der so viel Gesetze mit der Regierung zu Stande bringt, die uns hier auf der Linken durchaus zuwider sind und die wir für verwerflich erachten. Und dieser Reichstag, läßt er es etwa an Gelbwilligkeiten fehlen? Ist nicht in dieser Wahlperiode der Militäretat erhöht worden, ist nicht der Marineetat erhöht worden? Der Kolonialetat erhöht worden? Hat er jetzt nicht die Absicht, alle die geforderten Besoldungsverbesserungen zu bewilligen und sogar für die höchsten Reichsbeamten die nicht einmal selbst geforderten Zulagen zu machen? Und derart wird ein solcher Reichstag behandelt! Allerdings, er hat die zwei Kreuzer nicht bewilligt, weil er meinte, wenn sieben Kreuzer im Bau seien, würde es keine Gile haben, noch den Bau von zwei neuen Kreuzern in Angriff zu nehmen. Aber, meine Herren, richtet sich denn diese Politik bloß gegen die berühmten vaterlandslosen Gesellen, die jene Kreuzer nicht bewilligt haben? Nein, sie richtet sich ebenso und vielleicht noch in höherem Maße gegen die gütigeren Nationalliberalen; die haben doch auch der Zusage des Reichskanzlers vertraut. Herr v. Bennigsen hat damals die Zweifel, die hier auf der Linken erhoben wurden, zu beschwichtigen versucht. Die nationalliberale Partei wird ja noch schärfer brüskiert als wir. Man hat sie vorher vertraulich gefragt, ob sie mit jenen Verschlechterungen einverstanden seien. Sie haben in dieser vertraulichen Konferenz abgelehnt, und trotzdem, obwohl die nationalliberale Partei im Abgeordnetenhaus ausschlaggebend ist, macht man diese Vorlage, als ob auch diese Nationalliberalen vaterlandslose Gesellen wären. (Große Heiterkeit.) Ja, wer ist denn heutzutage noch vaterlandsliebend? Niemand mehr, der überhaupt noch eine selbstständige Meinung hat! (Stürmischer Beifall)

links.) Der Herr Staatssekretär v. Voetticher sucht uns zu beruhigen, wir möchten keine weiteren politischen Konsequenzen daran knüpfen und was uns berechtigte, solche Folgerungen zu machen? Ja, Herr Staatssekretär, dann sagen Sie uns doch: wie denken Sie denn nun, daß die Sache weiter gehen soll? Entweder wird der Gesetzentwurf im Abgeordnetenhaus abgelehnt oder er wird angenommen, und wird er abgelehnt, dann haben Sie sich selber persönlich einen Kladderadatsch zugezogen. (Große Heiterkeit.) (Ruf vom Regierungstische.) Freilich, Herr Minister von Voetticher, man kann ja auch so abgehärtet sein wie Sie. (Stürmischer Beifall links und Handklatschen.) Es giebt ja ein Gefühl politischer Würdigkeit, das hoch erhoben ist über alles das, was selbständige Politiker empfinden. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Oder der Entwurf wird angenommen und es gelingt noch, einen Felsen aus der Vorlage durchzubringen in die Gesetzesammlung. Nun, dann haben Sie alle diejenigen Parteien, die das nicht wollen, im Abgeordnetenhaus und Reichstage um so schärfer zurückgestoßen. Und glauben Sie denn, daß wirklich alle so gutmütig sind, daß das weiter keine parlamentarischen Folgen für das fernere Verhältnis haben wird? Allerdings, die Lage dieses Reichstages und Landtags sind gefährlich; im nächsten Jahre kommen die allgemeinen Neuwahlen. Sind Sie denn der Meinung, daß Sie damit Ihre Wahlausichten verbessern, sei es zum Reichstag oder zum Landtag? (Heiterkeit und Bravo! links.) Nein, meine Herren, die Vorlage hat wenigstens das eine Verdienst, daß sie selbst dem Vertrauensseligsten die Sinne von den Augen reißt, daß selbst der mattberzigste Philister aufgerüttelt werden muß über diese Art der Regierung in Deutschland. (Lebhafter Beifall links.) Ein national-liberales Berliner Blatt nannte zuerst diese Vorlage ein Sturzzeichen, die Einleitung einer Gewaltpolitik, die uns bevorsteht. Dasselbe Blatt sagt auch: „Dieses Gesetz wird bewirken, daß die Schranken des Vereins- und Versammlungsrechts, auf denen das Bürgertum verteidigen kann seine verfassungsmäßigen Rechte, vorher niedergedrückt werden, ehe der Ansturm darauf kommt. Ich bin weit entfernt zu glauben, daß Sie, die gegenwärtigen Minister, eine solche Gewaltpolitik durchzuführen beabsichtigen, ich schenke der Erklärung des Herrn Staatssekretärs von Voetticher für sie und für sich vollen Glauben. Aber, meine Herren, wer kommt nach Ihnen? Sind Sie denn nicht ephemere Existenzen? (Große Heiterkeit.) Wenn Sie Morgen weg werden, und die Sonne scheint politisch und parlamentarisch noch so hell, so wissen Sie nicht, ob Sie an demselben Abend noch erleben werden, in Ihren Ministerstühlen zu sitzen. (Große Heiterkeit.) Meine Herren, ich gönne dem Herrn Reichskanzler ein langes Leben, aber ich sehe die Füge derjenigen schon vor der Thüre stehen, die ihn dann hinausgeleitet werden, und der Herr Staatssekretär von Voetticher, so dauerhaft er sich erwiesen hat (Große Heiterkeit), unter den Stürmen, die diese Politik entfesseln wird, wird selber nicht so weit leben, daß er nicht auch losgelöst wird. Denn alles in der Politik zieht seine Konsequenzen auch für diejenigen, die eine solche Politik eingeleitet, haben Sie Mohren Ihre Schuldigkeit gelassen, dann können Sie gehen, was wollen Sie denn auch weiter? Sie haben nach rechts schon früher alles verbrochen, und nach links verbrochen Sie durch solche Vorlagen sich den Halt. Wer kann denn überhaupt sich noch darauf verlassen, daß Sie im Amt sind? (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Die nachfolgenden Ausführungen lehre ich deshalb nicht gegen Sie; wir müssen schon jetzt rechnen mit denjenigen, die nach Ihnen kommen. (Sehr gut! und lebhafter Beifall links.) Wenn dann sich Minister finden, die eine Gewaltpolitik einleiten, gewiß, sie haben dann auf den Beifall der rechten Seite zu rechnen; sie haben besonders zu rechnen auf den Beifall des Junkertums. In diesem Junkertum wittert man schon Worgelust (Große Heiterkeit links), und begrüßt die Novelle als den Anfang von Thaten, besonders in demjenigen Junkertum, das, je mehr es brummt und drüber geht, um so mehr bessere Beute glaubt für sich machen zu können (sehr gut! links), das nichts mehr zu verlieren hat, weil es wirtschaftlich schon halb bankrott ist und deshalb auch nicht vor dem politischen Haydnspiel zurückzuschrecken braucht. (Sehr richtig! und lebhafter Beifall links.) Aber, meine Herren, was hat solches Junkertum für eine Bedeutung für die Kraft einer Regierung? Solches Junkertum ist überhaupt nicht selbstständig, es will nur geführt sein, hat aber nicht die Kraft, selbst eine Regierung zu führen, es bedeutet nur so viel, als die Regierung es bedeuten lassen will. Eben weil eine solche Politik keine Stütze hat, so wird sie auf den Weg der unpopulären Monarchie mit Unversöhnlichkeit getrieben. Entweder ich etwa damit heute ein neues Übermaß an Maß? — nicht bei der Debatte des Ministeriums, gerade von Seiten des Herrn v. Bennigsen die Abstammung gehört — sie war eingeschoben in seine Rede, aber dieser bedeutungslos. — Dieser Felsen verdient herangezogen zu werden wegen des Schlaglichts, das er auf die politische Situation wirft. — Herr v. Bennigsen sagte damals, daß es gefährliche Meinungen gäbe, man solle nicht mehr auskommen mit parlamentarischer Verfassungsgestaltung. In Europa, so sagte er, ist ein außerordentlich dynamisches Element nicht von Dauerhaftigkeit und Haltbarkeit ohne Verfassung, in denen der Verfassung sehr wesentlich wesentliche Rechte eingeschrieben sind. Und werden diese Rechte nicht auch schriftlich festgeschrieben, so sind die Regierungen auf die Dauer in Europa nicht möglich. Er exemplifizierte dann auf die Zustände in Frankreich, auf den Imperialismus Napoleons, der unter dem ersten republikanischen Epochen trübsel und wiederhergestellt zusammenbrach. Man hat einmal gesagt: Recht geht vor Recht. Es hat ja vor wenigen Jahren in einem in Frankreich ein verfassungswidriges, bürgerliches Regiment bestanden. Doch dann war die Geschichte — Beweis dafür, daß, was unter ungünstigen Umständen vor sich geht, unter ungünstigen Umständen einmal geschehen werden kann, daß das man eine dauerhafte

Grundlage des Reichs werden kann, eine Wiederholung verträgt? Damals ist die innere Politik herausgehauen worden von der Tapferkeit unserer Armee bei Königgrätz und die Entwicklung der Politik zur deutschen Einheit hat zuletzt die Versöhnung gebracht mit der Regierung. Aber auch hier hat die Einführung der zweijährigen Dienstzeit im Jahre 1893 dargelegt, daß der König Unrecht hatte, als er es ablehnte, den Konflikt im September 1892 auszugleichen, als ihm die Minister selbst das Kompromiß auf der Grundlage der zweijährigen Dienstzeit anrieten. Aber wenn selbst Moral und Recht nichts bedeuteten gegenüber einer höheren Staatsraison, so kann man sich in dieser Situation auf eine höhere Staatsraison berufen? Etwa im Namen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie? Heißt es die Sozialdemokratie wirksam bekämpfen, daß, anstatt daß man alle bürgerlichen Parteien in eine Politik zusammenfaßt, man solche Gesetze vorbringt, die die bürgerlichen Parteien unter sich spalten, sie in dieselbe Kampfeslinie notgedrungen für die politischen Freiheiten und Rechte mit den Sozialdemokraten zusammenbringen? Und ist das eine Einleitung eines wirksamen Kampfes gegen die Sozialdemokratie, wenn man etwa glauben sollte, jemals sich über Recht und Verfassung hinwegsetzen zu können, einen Staatsstreik zu begehen, die Revolution von oben zu inszenieren und dadurch jeden Gewaltakt von unten im Voraus zu legalisieren? Wo ist denn sonst noch eine Staatsraison? Etwa weil man einen Reichstag braucht für ungemessene Erweiterung der Flotte? Siegt etwa in der Zahl der Schiffe mehr oder weniger die Frage der Wehrkraft Deutschlands? Nein, sie entscheidet nur über die Grenze der Phantasie einer Welt-politik, geeignet, die Kräfte Deutschlands zu zersplittern und durch überseeische Händel und den Frieden in Europa zu gefährden.

Meine Herren, der Reichskanzler Fürst Bismarck selbst hat, als er jenes budgetlose Regiment inszenierte, niemals die Gefährlichkeit der Situation unterschätzt und alle Vorkehrungen getroffen für den Fall eines ungünstigen Ausgangs in Bezug auf seine Privatverhältnisse.

Herr von Kardorff warf die Frage auf nach Personen nach Art des Fürsten Bismarck. Man, wo sind denn heute die Personen, die eine solche Politik, wie sie notwendig in der Konsequenz solcher Vorlagen und solcher Verhandlungen des Reichstags sich entwickeln muß, durchführen können? Wo ist denn heute ein einheitlicher, zielbewusster Wille, der nicht von plötzlichen Impulsen getragen wird, sondern der mit Umsicht und Einsicht stetig ein Ziel zu verfolgen weiß? (Sehr gut! links.) Und wo ist denn eine Garnitur von neuen Ministern (Heiterkeit links), die sich hinter den Herren hier wagen aufzuführen lassen? So weit Sie blicken, nichts als geschmeidige Haslinge, die sich jeder Ansicht von oben anschließen! Avancierte Bürokraten oder lächerliche Husarenpolitiker (sehr gut! links), das ist es, was sich einer solchen Politik zur Verfügung stellen kann. (Lebhafter Zustimmung links.) **Handlanger, aber im gewöhnlichen Sinne des Wortes!** (Stürmisches Bravo! links. — Handklatschen.) Wir leben auch heute in einem Bundesstaat und nicht mehr bloß im Einheitsstaat Preußen. Daran wollen wir uns doch auch erinnern, daß das Deutsche Reich als solches keine angekommene Dynastie hat, und daß das Kaiserthum in Deutschland nicht älter ist als der Reichstag. (Sehr gut! links. Glocke des Präsidenten.) (Der Präsident ruft, daß im Hause ge-taricht worden sei, als eine unzulässige Form des Beifalls.)

Der Herr Abg. v. Kardorff hat — und das war mir bemerkenswert — gesprochen von der Abnahme der monarchischen, der nationalen Gesinnung in Deutschland; er hat den Rückgang datiert — das war noch bemerkenswert — von dem Tode Kaiser Friedrichs III. Meine Herren, ich bin kein Republikaner, ich bin kein Nationalpolitiker, ich rechne mit den praktischen, gegebenen Verhältnissen. Ich bin der Meinung, daß gerade in Deutschland das monarchische System Auswirkung auf eine längere Dauer in der Zukunft hat, als in irgend einem Staate Europas, weil die Monarchie hier eng mit dem Werden und Wachsen des Staatswesens selbst verbunden ist, deshalb, weil der Glanz von wirklich bedeutenden, verdienstvollen Monarchen der Vergangenheit noch fällt auf ihre Nachkommen in der Gegenwart. Aber um so mehr bedauere ich, daß Herr v. Kardorff recht hat, daß in der That die monarchische Gesinnung seit zehn Jahren sich nicht nur nicht vermehrt hat, sondern daß von dem Kapital dieser Gesinnung gezehrt wird (sehr richtig! links) in einer Weise, wie ich es vor zehn Jahren nicht für möglich gehalten hätte (lebhafter Zustimmung links), und zwar infolge der Agitation der Sozialdemokratie, aus, infolge von Vorgängen, die sich der parlamentarischen Erörterung entziehen (sehr gut! links), Vorgängen, welche die Kritik heranzubringen nicht bloß im Bürgertum, sondern auch tief im Beamtentum bis in das Offizierscorps hinein. Deutschland ist ein monarchisch-konstitutionelles Land, aber nach dem Programm: sic volo, sic jubeo regis voluntas suprema lex tunc, mag man vielleicht in Rußland noch eine Zeit regieren können, das deutsche Volk läßt sich auf die Dauer nicht danach regieren! (Lebhafter andauernder Beifall links.)

zur Beflegung des Streites Arbeit hier nicht anzunehmen — In Magdeburg befinden sich die Tischler einer Lohnbewegung, was allerorts strengstens beachtet ist. — In Berlin legten in der Transvaal-Ausstellung sämtliche Zimmerer die Arbeit nieder, 50 Kollegen gemäßigter sind. — In Hannover hat bereits vier Meister den Steinseher die Forderung bewilligt. Die Innungsmeister sträuben sich noch, jedoch ist die Konjunktur äußerst günstig, so daß der Sieg der Arbeiter sicher erscheint. — Zum Tischlerstreik in Lübeck stellt unser dortiges Parteiorgan nach Angaben der Lokalkommission mit, daß die Export-Möbelfabrik von Ad. G. vermuthlich um den Folger des Streiks zu entgehen und doch nicht mit dem Arbeitgeber-Verband in Konflikt zu geraten — von dem Besitzer verpachtet worden. Der Pächter hat die Forderungen der Streikenden bewilligt. — In der Hof-Schuhmacherei von J. W. Ninger in München stellten am 17. Mai sämtliche Gehilfen die Arbeit ein, weil der genannte Unternehmer der beim Schuhmacherstreik den Gehilfen-Tarif anerkannt und auch den von den Arbeitern vorgelegten Revisionsunterzeichnet hatte, jetzt einen eigenen Tarif einführen will. — In Dresden und Chemnitz wurden zahlreich die Eisenbahner-Versammlungen abgehalten, Bürger aus Hamburg, der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, referierte. — Kongress der lokalorganisierten Gewerkschaften Deutschlands (Galle).

Der erste Verhandlungstag wurde ausgefüllt mit Diskussion über die bekannte Resolution Kessler. Selbstverständlich einstimmige Annahme. Die Diskussion bewegte sich nicht immer auf sachlichem Gebiete. So brachte es z. B. ein Halleischer Zimmerer fertig, zu sagen: Die sozialdemokratische Parteileitung nehme deshalb einen so unrichtigen Standpunkt in der Frage der Gewerkschaftsorganisation ein, weil sich in den centralisirten Verbänden mehrere Abgeordnete in gesicherten Stellungen befinden. Da man diese nicht schädigen wolle, sei man bisher an den Parteitagen über die Frage der Gewerkschaftsorganisation hinweggegangen. — Von einem höheren Gesichtspunkte aus behandelte ein Berliner Zimmerer und anderer Delegierte die Frage der Stellung der Gewerkschaften zur Politik. Sie vertraten ihre Ansicht im allgemeinen folgender Weise: Auch die Centralorganisirten können die Politik nicht ganz belassen. Es habe den Anschein, daß man jetzt wiederum einen Schlag gegen die Arbeiterbewegung plane. Deshalb müsse eine Organisation geschaffen werden, gegen die die Machthaber nichts ausrichten können. Eine Abschließung von der Politik würde zu Verumpfung der Gewerkschaftsbewegung führen. Ein dem reinen gewerkschaftlichen Boden würden die verschiedenen Parteien, die in letzter Zeit bemüht seien, Einfluß der Arbeiterbewegung zu gewinnen, leichtes Spiel haben. Bisher habe man immer gesagt: die Gewerkschaften bilden die Vorstufe für die Sozialdemokratie. Genosse Segin hat aber vor einiger Zeit gesagt: „Die Gewerkschaften werden durch die Politik degradirt, die Gewerkschaften seien berufen, die politische Partei abzulösen. Man solle nicht glauben, daß ein Mann einen solchen Anspruch thun könnte, der noch vor wenigen Jahren Revolutionär war. — Regierungsdirektor a. D. Kessler bemerkte am Schluß der Debatte noch: Die centralisirten Gewerkschaften haben den Vorteil, daß ihre Beamten in der Presse eine gesicherte Stellung haben. Man habe ihn Kessler, in Hamburg für die centralisirte Gewerkschaften gewinnen wollen. Da er dies abgelehnt, habe man ihn zu ruinieren versucht. In den Hamburgern seien eben noch der alte centralistische Vassallische Geist, der wohl damals unter Cassale, aber heute nicht mehr angedacht sei. Wenn Angehörige anderer Parteien sich den Gewerkschaften anschließen, dann sei es nicht erforderlich auf diese Rücksicht zu nehmen, denn dieselben dürften sich bald Sozialdemokraten werden. —

Am 2. Verhandlungstag stand auf der Tagesordnung Der Zusammenschluß der lokalorganisierten oder auf Grund des Vertrauensmänner Systems centralisirten Gewerkschaften Beschlossen wird:

1. Eine Central-Kommission von 3 oder 5 Personen wird Berlin eingesetzt, die den Auftrag hat, für eine planmäßige Agitation unter den lokalorganisierten oder nach dem Vertrauensmänner System centralisirten Gewerkschaften Deutschlands zu sorgen, die die Interessen dieser Organisation nach außen und durch die Presse zu vertreten.
2. Der Kongress proklamiert die unbedingte Solidarität aller lokalorganisierten Arbeiter mit allen Arbeitern ohne Rücksicht auf Organisationsform oder politische Anschauung, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die Ausstände der Arbeiter werden sie diesem Grundsatze gemäß nach besten Kräften unterstützen.
3. Es soll eine Broschüre ausgearbeitet und verbreitet werden, die das Wesen und die Form der lokalen Organisationen mit dem Vertrauensmänner-Centralisation gemeinverständlich darstellt und die erforderlichen Anweisungen zur Bildung solcher Organisationen giebt.
4. Zur Vetreibung einer geregelten und planmäßigen Agitation beschließt der Kongress die Einsetzung einer Kommission, welcher aus jedem Berufe ein Mitglied ist, welches mit den Vertrauensmännern seines Berufes an den einzelnen Orten in Verbindung bleibt. Die Lokalorganisationen haben an jedem Ort neben der Fachorganisation einen Vertrauensmann in öffentlicher Versammlung zu wählen. Derselbe hat die Sammlungen zum Agitationsfonds zu leiten und sämtliche örtlichen Verhältnisse nach den Beschlüssen des Kongresses zu regeln. Die Höhe der Beiträge zum Agitations- resp. Streikfonds bestimmt jeder Ort und es muß je fünf.

Hierauf wird Punkt 3: Presse, behandelt und beschloffen für lokalorganisierte und auf Grund des Vertrauensmänner Systems centralisirte Gewerkschaften eine Zeitung zu gründen. Zur Erhaltung des Blattes müssen die Gewerkschaften, entsprechend ihrer Mitgliederzahl, nach Möglichkeit beitragen. Ferner verpflichten sich die Delegierten, in ihren Gewerkschaften für Aufbringung der Geldmittel Propaganda zu machen. Sobald die Kosten für die Herstellung der ersten Nummer vorhanden sind, soll die gewählte Kommission dieselbe erscheinen lassen. — Dritte General-Versammlung des Verbandes der Schiffszimmerer Deutschlands. (Stel.)

2. und 3. Verhandlungstag. Es beginnt die General-Diskussion über die Organisationsform. Beschloffen wird

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.
 In Magdeburg freiten die Steinseher. Sie haben 45 Pfennig Stundenlohn. Vier Meister haben die Forderung bewilligt, darunter befindet sich ein Zimmerer. Die Zimmerermeister legen jedem Mitgliede der Innung eine Monatssteuer von 500 Mark auf für den Fall, daß es nicht bezahlen des geforderten Lohn zahlt. Zwei Meister gegen herum ihrer Bewilligung zurück. Die Steinseher von hier und umgegend werden gebeten, sich

folgende Resolution, welche die in der Diskussion zum Ausdruck gelangten Gesichtspunkte enthält: „Der Zentralverband der Schiffszimmerer und der Zentralverband der Werftarbeiter arbeiten in Bezug auf Agitation und Erziehung besserer Arbeitsbedingungen bis zur Hand in Hand. In einer zu einer noch näher zu bestimmenden Zeit stattfindenden kombinierten Generalversammlung ist das weitere hinsichtlich des späteren Namens der Organisation und der Statuten zu bestimmen.“ Die wöchentlichen Beiträge werden von 10 auf 15 Pfennig erhöht. Müller spricht zum Kapitel „Kontrolle beim Schiffsbau“. Die Schiffe werden heute zu schwach gebaut, die Widerstandsfähigkeit der Hölzschiffe ist zu der Größe derselben gleich Null. Es muß Kontrolle beim Schiffsbau geübt werden. Der Verband habe schon nach dem Untergang der „Elbe“ verlangt, daß alle Schiffe starke Wände erhalten. Redner giebt weitere technische Auskunft über beim Schiffsbau notwendige Verbesserungen. Zur Bedienung der Rettungsboote fehle es durchaus an Leuten. — Hierzu wird folgende Resolution angenommen: „Die Generalversammlung des Verbandes der Schiffszimmerer Deutschlands, welche vom 16. bis 18. Mai 1897 in Kiel tagte, spricht den schon mehrmals wiederholten dringenden Wunsch aus, eine hohe Reichsregierung wolle eine reichsstaatliche Kontrolle zwecks möglicher Sicherstellung von Leben und Gesundheit der seefahrenden Personen, bezüglich der Bemannung, Ausrüstung und Belastung, ferner wegen Seetüchtigkeit, bei Reparaturen und Umbauten von Schiffen, sobald wie möglich einführen. Es wird keiner weitaufgehenden Motivierung bedürfen, da bekannt ist, daß ein Schiffskörper den Natur- und sonstigen Ereignissen im weitesten Umfange ausgesetzt und Dampfesseln gleich zu achten ist. Außerdem haben die seamtlichen Verhandlungen seit 1877 schon Beweismaterial zur Genüge geliefert.“

Vermischtes.

Eine Feuersbrunst hat am Sonntag fast das ganze ostpreussische Dorf Groß-Wartallen eingeeicht. Während die meisten Einwohner in der Kirche zu Schöneberg waren, zündete eine als irrsinnig allgemein bekannte Frau das Dorf an drei Stellen an und bald loderte es in hellen Flammen auf. Die Nachricht hiervon gelangte mittags nach Allenstein, und eiligt begaben sich zwei Spritzen mit voller Bemannung der freiwilligen Feuerwehr nach der etwa 15 km entfernten Brandstelle. Die Feuerwehr konnte aber nicht mehr in Thätigkeit treten, da sie nur noch Schutthaufen fand. Die Zahl der Brandstätten beläuft sich auf 45, darunter befinden sich 13 Wohnhäuser. Stehen geblieben sind die Schule, zwei Gasthäuser und ein Bauernhaus, die massiv gebaut sind. Lebendes Inventar ist wenig umgekommen, dagegen ist viel Mobiliar und Wirtschaftsgüter verbrannt. Nur die Gebäude waren — und diese noch nicht einmal alle — versichert; daher ist das Elend groß.

Ermordung eines Pfarrers durch einen Pfarrer. In Luoro bei Perugia wurde am 15. d. M. der Pfarrer Cristoforo Corboni von seinem besten Freunde, dem Pfarrer Luigi Bechi erschossen. Bechi hatte den Freund unter dem Vorwande aus dem Hause gelockt, daß ein Sterbender seinen geistlichen Beistand verlange. Der Mörder stellte sich freiwillig der Behörde. Man glaubt, daß er geistesgekränkt ist.

Unglücksfall. In den Kasernen Santa Christina zu Bologna stürzte der Plafonds des großen Saales ein, wodurch 12 Soldaten schwer verletzt wurden.

Münderung. Aus der algerischen Hafenstadt Mocha gantien wird berichtet: Infolge eines blutigen Aufstands seitens der hiesigen Israeliten auf etwa zehn Radfahrer aus Drau entstanden gegen die Israeliten Kundgebungen, bei denen die Synagoge zerstört und etwa 15 Bäden der Israeliten geplündert wurden.

Ueberschwennungen in Frankreich. Seit acht Tagen haben in ganz Frankreich Gewitter stattgefunden, besonders im Norden von Frankreich, und großen Schaden angerichtet. Drei Arbeiter, welche sich in der Nähe von Beauvais in eine Strohhütte geflüchtet hatten, wurden vom Blitz erschlagen.

Ein Sensationsprozess steht in Palermo in Aussicht. Vor mehreren Jahren wurde dort der Direktor der sizilischen Bank, Bortola, in geheimnisvoller Weise ermordet. Die Mörder wurden nicht entdeckt, da die Recherchen von höherer Seite aus niedergeschlagen wurde. Jetzt sind doch die Mörder in den Personen dreier Bahnbearbeiter enthüllt worden, die den Nord im Eisenbahnwagen vollführten. Die Mörder machten Enthüllungen, durch die sehr angesehene Persönlichkeiten Siziliens kompromittiert werden. Diese sollten die Ermordung veranlaßt haben, da der Bankdirektor ihnen unangenehme Dinge kannte.

Schreckensszenen in Pariser Theatern. Im Chatelet-Theater brach Dienstag abend blinder Feuerlärm aus. Obwohl man bereits nach wenigen Augenblicken dessen Grundlosigkeit erkannte, waren doch schon von den zu den Augen stürzenden Frauen bereits drei ohnmächtig hingefallen und übel gerieten worden. — Krapp vor Beginn der Vorstellung im Théâtre de la monnaie, wo Sarah Bernhardt in Sardous „Spirituismus“ spielt, trieb am Dienstag ein Galometer unterhalb der Bühne. Diese wurde beschädigt, mehrere Thüren eingetrossen, aber niemand verletzt. Die Panik des Publikums war rasch bejeitigt.

Die Granel während des Pariser Bazarbrandes. Der sonderbare Heldenmut, den die „Edelfen“ und „Besten“ der Pariser Gesellschaft bei der Brandkatastrophe an den Tag legten, hat die Pariser Presse nun auch in Aufregung versetzt. Ueber das, was dabei herausskommt, werden der Frankfurter Zeitung recht erbauliche Dinge aus Paris geschrieben. Es heißt in dem Briefe unter anderem: Die aus dem Brande geretteten Frauen wissen besonders Erbauliches über das Verhalten der jetzigen Wichte zu erzählen. Sie wollen zwar nicht recht mit der

Sprache heraus, und Namen wollen sie auch nicht nennen. Aber man weiß doch ganz gut, wer die sind, um die es sich handelt. Einige Blätter haben bereits Erqueten eröffnet über die Rolle der Männer beim Bazarbrande, und dadurch kommen arge Dinge an den Tag. Der Clar hat einige der verwundeten Damen befragen lassen. Er spricht von einer hochgestellten Dame, die ihre Arme den sie besuchenden Freundinnen zeigt und dabei sagt: „Diese Striemen rühren von dem Stöße eines Mannes her, der auf mich losstürzte, weil ich ihm im Wege stand.“ Eine junge Frau konnte sich retten; sie befand sich außerhalb des Bereiches der Flammen an der Thür. Ein junger Mann lief an ihr vorüber; und obwohl ihn keine Gefahr mehr bedrohte, einzig und allein weil ihn sinnloser Schreden gepackt hatte, gab er ihr mit dem Ellenbogen einen so wütenden Stoß in die Brust, daß die junge Frau jetzt an der Stelle, wo der Stoß sie getroffen, eine Geschwulst hat, die die Aerzte für bedenklich erklären. Frau Fenlarb erzählt, sie sei von drei Männern, deren Namen sie kennt, über den Haufen geworfen und geschlagen worden. Ein junges Mädchen, die Verwandte eines bekannten Finanzier, war von der flüchtenden Menge niedergeworfen worden. Sie erhob den Kopf und streckte hilflos die Hände aus. Ein junger Mann, der fürchtete, das Mädchen könnte sich an ihn anklammern und ihn dadurch am Fortlaufen verhindern, gab ihr einen so wuchtigen Fußtritt auf die Schulter, daß sie heute noch die Spur davon trägt. In einer Familie sagte dieser Tage eine Dame zu ihrem Cousin, der fortgelaufen war und sie im Stich gelassen hatte: „An solchen Tagen thut man besser, mit einem Kammerdiener auszugehen, als mit einem Verwandten.“ Ein Fräulein v. K war mit ihrem Bräutigam auf den Bazar gegangen. Als das Feuer ausbrach, ließ der Verlobte seine Braut trotz flehentlichster Bitten im Stich. Sie hatte trotzdem das Glück, sich zu retten. Am Abend erschienen der Bräutigam in ihrem Haus, um sich, als wohlzogener junger Mann, nach dem Befinden seiner Braut zu erkundigen. Statt des Mädchens empfing ihn der Vater und forderte ihn auf, sein Talent, die Thür aufzufinden, abermals zu zeigen und nicht wieder im Haus zu erscheinen. Einem Vertreter des Temps sagte der bekannte Maler Raffalli, dessen Frau und Tochter aus dem Brand entkommen sind: „Drei Freundinnen meiner Frau sind geschlagen worden. Eine von ihnen, die ihren Verletzungen wahrscheinlich erliegen wird, befand sich nahe bei der Leiter, die an die Mauer des Hauses angelehnt worden war, wo das Journal La Croix sich befindet. Sie wollte auf die Leiter steigen. Um sie zum Loslassen der Leiter zu zwingen, versetzte ihr jemand einen Stockhieb auf die Hand, der ihr die Finger brach.“

Kunst und Wissenschaft.

Andree fährt in diesen Tagen wieder nach Spitzbergen. Er heißt Trömsö am 24. Mai zu erreichen und Spitzbergen am 1. Juni. Die Vorbereitungen zum Aufstieg des Ballons könnten dann am 20. Juni beendet sein, also fünf Wochen früher als im vorigen Jahre. Diesmal soll der Briefstaubendienst besser organisiert und in Trömsö eine Station errichtet, wo die Tiere trainiert werden.

Zur Lebensdauer der Lokomotiven. Wie die Eisen-Zeitung mitteilt, sind in England jüngst Versuche über die Lebensdauer von Lokomotiven angestellt worden, wobei sich herausstellte, daß sie erheblich länger ist, als man gemeinhin annimmt. Wenn die Maschine etwa 500 000 englische Meilen, also wenig mehr als 100 000 deutsche Postmeilen durchfahren hat, ist ihre weitere Reparatur kaum noch rentabel und zweckmäßig. Selbstverständlich müssen in der Zwischenzeit manche Teile mehrmals ausgetauscht und erneuert werden, die Handbandagen z. B. 5 bis 6 mal, die Triebwelle 3 bis 5 mal.

Motorhäuser. Man fängt jetzt an, von den Motorwagen zu richtigen Motorhäusern überzugehen. Ein Amerikaner läßt sich einen solchen Wagen bauen, der in zwei Stockwerken vier Zimmer enthält. Die Maschinenanlage befindet sich im Boden des Fahrzeuges. Das obere Stockwerk kann zusammengeklappt werden, um das Unterfahren von Brücken zu ermöglichen. Der Gedanke, auch für die Ortsveränderung auf gewöhnlichen Straßen bequeme Wohnräume zu schaffen, wie sie die modernen Schiffe für die Wasserstraßen bieten, ist eigentlich gar nicht so übel.

Verweise, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Am Montag den 17. Mai fand im Palais-Saal eine Versammlung der Metallarbeiter (Filiale Budau) statt, in welcher Kollege Richter, Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter, einen interessanten Vortrag über die Entwicklung der Metallarbeiterbewegung und ihre Aufgaben für die Gegenwart hielt. In der darauf folgenden Diskussion nahm Richter nochmals Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Er empfahl das Vertrauensmänner-System in den Werkstätten und wies auf die großen Erfolge hin, welche die Berliner damit erzielt haben. Während hier von ca. 15 000 Metallarbeitern in Magdeburg ca. 1000 dem Verband angehören, ist es den Berlinern gelungen, von 55 000 in der Metallindustrie beschäftigten Personen (darunter 5000 Arbeiterinnen) 22 000 in die Organisation hineinzubringen; 25 000 haben den 9 stündigen Arbeitstag durchgesetzt und gegen alle Gewaltmaßregeln der „Kühnen“ sich behauptet. 150 000 Mark Streikunterstützung wurden im vorigen Jahre von den Berliner Lokalorganisationen gezahlt. Nach Uebertritt des Berliner Lokalverbandes am 1. Juni wird der Deutsche Metallarbeiter-Verband auf 65 000 Mitglieder anwachsen und dadurch an Kraft gewinnen. Den noch Fernstehenden gilt der Ruf: „Hinein in die Organisation!“ und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Der Beitrag in Fragekasten — 6,75 Mark — wird den streikenden Hafenarbeitern überwiesen werden.

Am 17. Mai hielten die organisierten Steinseher der Filiale Magdeburg eine öffentliche Versammlung ab, zu welcher Kollege Knoll-Berlin das Referat übernommen hatte. Um 2 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung. Zu Punkt 1 (Berichterstattung über die Lage des jetzigen Streiks) erhielt Kollege A. Dapke das Wort. Er führt an, daß wir die Meister schon vor einem halben Jahre in Kenntnis über die Lebensforderung gesetzt haben und sprachen in trefflicher Weise über das Verhalten der Meister, lobt aber auch das Verhalten der Kollegen, die dem Verband zu Gunsten der Heimat den Rücken gekehrt haben. Hierauf erhielt Kollege Knoll das Wort. Derselbe hält in 1 stündiger Rede einen Vortrag über die Streiks und über die Meister und erwähnte dabei, was wir vom Wort

eines Meisters zu halten haben. (Besanntlich haben die Herren Meister in Magdeburg nur 1 1/2 Tage lang ihr Wort gehalten.) Meister Beifall erntete der Referent für seinen Vortrag. Zum Schluß gaben sich sämtliche Kollegen das Versprechen, treu und fest zu stehen, trotzdem ein Meister mit Ausbungen gedroht hat.

Die erste Versammlung des **Central-Verbandes der Handels-, Transport- und verkehrsgewerblichen Arbeiter Deutschlands** (Verwaltungsstelle Magdeburg) fand am Sonnabend den 15. Mai im Bürgerhaus, Stephansstraße 38, statt. War es schon erfreulich, zu sehen, daß die Versammlung bis auf den letzten Platz gefüllt war, so war es noch erfreulicher, zu sehen, daß ca. 90 Mitglieder aufgenommen wurden; es wären noch mehr aufgenommen, aber der Kassierer und Schriftführer hatten alle Hände voll zu thun, um die Bücher auszufertigen. Zur Charakteristik des Klassenkampfes lautete das Thema, über das Johann Rich. Nitsch referierte. Wie auf dem Jahrmarkt mit der Ware gefesselt und gehandelt, so auf dem Arbeitsmarkt mit der Ware Arbeitskraft. Die Folge ist, Zahlung niedrigster Löhne, jedoch der Arbeiter nicht instand ist, seine Verpflichtungen der Familie gegenüber nachzukommen. Ist doch wissenschaftlich festgestellt, daß mit 900 Mark jährlich kein menschenwürdiges Dasein zu führen ist. Referent gehtelt u. a. noch das Volksschulwesen, daß ganz bedeutende Summen vom Staate für die höheren Lehranstalten und niedrige Summen für die Volksschulen ausgegeben werden. Die Folge ist, daß der Volksschüler nicht mit so vielen Kenntnissen ausgestattet werden kann, wie die Söhne des Kapitalisten in den höheren Lehranstalten. Um sich mehr Bildung zu verschaffen, müssen sich die Arbeiter organisieren und die bürgerlichen Zeitungen aus ihren Quartieren werfen, dagegen die Volksstimme lesen. Der Arbeiter ist der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird, mit diesen Worten schloß unser Freund Richard Nitsch seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen im Sinne des Referenten aus. Zwei Anträge wurden angenommen: 1. den streikenden Hafenarbeitern am hiesigen Hafen 20 Mark zu bewilligen, 2. wurde dem Vorsitzenden in einer Beileidigungsklage Rechtschutz genehrt.

Fermerleben. Gemeindevorstellung. Am Freitag, den 14. Mai, tagte im neuen Schulhause eine Gemeindevorstellung mit folgender Tagesordnung: 1. Wechselseitige Auflassung der Parzelle Kartenblatt 2 zu 616 von 18 Quadratmeter an die Firma Wittler zu Magdeburg und andererseits der Parzelle Kartenblatt 2 zu Parzelle 621 von 9 Ar 48 Quadratmeter an die Gemeinde Fermerleben; 2. Entgegennahme der Auflassung der von dem Landwirt August Mertens hiersebst der hiesigen Gemeinde zur Auflage eines Teiles der Mecklenstraße übereigneter Parzelle 548, welche im Grundbuche und Band VII Blatt 200 verzeichnet ist; 3. Einführung der Lustarbeitssteuer; 4. Anschaffung eines Rettungswagens; 5. Festsetzung der Armenunterstützung für das Sommerhalbjahr 1897. Zu Punkt 1 u. 2 wurde dem Ortsvorsteher die Vollmacht erteilt, diese Angelegenheiten zu regeln. Zu Punkt 3 wurde von unserer Seite, ebenfalls von jener Seite, gegen die Lustarbeitssteuer gesprochen. Die Einführung wurde, was wohl dem Herrn Gemeindevorsteher nicht lieb sein mochte, abgelehnt, nicht ein Vertreter stimmte für diese Steuer. Zu Punkt 4 wurde beschlossen, die Rettungswagenfüßen der Feuerwehr, soweit diese notwendig sind, zu beschaffen, doch ist von der Beschaffung eines Wagens noch Abstand genommen worden, da er noch nicht für so notwendig erachtet wurde. Punkt 5 wurde nach den Kommissionsbeschlüssen außer einigen Abänderungen erledigt, worauf der Vorsteher die Sitzung schloß. Nach Schluß der Sitzung wurde der Vorsteher aus der Mitte der Zuhörer nochmals daran erinnert, daß es doch nicht in der Ordnung sei, die Sitzungen des Nachmittags stattfinden zu lassen. Gar mancher Steuerzahler möchte den Sitzungen betheiligen. Hierzu sagte er kein Wort.

Groß-Ostersleben. Am 15. Mai fand eine Mitglieder-Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes im Gierischen Lokale statt. Sie war schlecht besucht. Vom Kollegen Westphal wurde in voriger Versammlung der Antrag angeregt, einen Lokalfonds in unserer Filiale zu schaffen, worüber in der heutigen Versammlung diskutiert wurde. Der Antrag wurde vom Kollegen Karthäuser verworfen, weil er gegen die Statuten handelt. Kollege Schräder sprach auch seine Meinung gegen den Antrag aus, weil der Lokalfonds momentan das Erblühen der Filiale erschwert. Kollege Westphal will aber diesen Antrag in nächster Mitglieder-Versammlung wieder begründen. Zum Punkt 3: Berichterstattung von der Generalversammlung referierte Kollege Karthäuser. Hieran schloß sich eine lebhafteste Debatte über Brandenorganisation und Centralberufsorganisation. Unter Verschiedenes wurde eine bessere Entschädigung für die Kolporteurs angenommen.

Vorläufige Anzeige. Montag den 24. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Gemüthlichkeit“ (Müller's Saal) Fischerstraße, eine öffentliche Versammlung sämtlicher in der Möbelschreinbranche beschäftigten Arbeiter statt. Kollege Bachmann-Berlin hält einen Vortrag über: „Die Lage der Möbelträger und wie ist dieselbe zu verbessern.“

Sonnabend, den 22. Mai: Deutscher Metallarbeiter-Verband (Sektion der Installateure). Versammlung abends 8 1/2 Uhr im Lokale Burghalle, Fischertrugstraße 28. Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter, Filiale Sudenburg. Jeden Sonnabend Zahlabend und Aufnahme neuer Mitglieder im „Deutschen Hof“, Michaelstraße 16. Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter E. G. 29 Hamburg (Filiale Neue Neustadt). Zahlabend jeden Sonnabend von 8-9 1/2 Uhr im Weißen Strich. Dasselbst werden auch Anmeldungen entgegen genommen. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Filiale Sudenburg. Jeden Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, Zahlabend in der Zerbster Bierhalle, Schöningerstraße 28. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Filiale Budau. Jeden Sonnabend Zahlabend bei Bethge, Thiemstraße 13. Verband der Deutschen Bildhauer. Jeden Sonnabend Versammlung bei Wagemann, Schrottdorferstraße. Fermerleben. Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter, E. G. Nr. 29 Hamburg. Zahlabend jeden Sonnabend, abends 8 Uhr, bei Lauch. Aufnahme von Mitgliedern dasselbst. Centralverband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Neustadt). Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr bei Weber, Fabriktrage 5-6. Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.

Zählerstände:

	19. Mai	20. Mai	Fak	Buch
Ausig	4.06	+ 3.72	0.34	—
Dresden	2.55	+ 1.60	0.95	—
Dargau	4.46	+ 4.90	—	0.44
Wittenberg	3.62	+ 4.06	—	0.44
Roslau	3.12	+ 3.56	—	0.44
Saxby	3.28	+ 5.66	—	0.38
Schönebeck	2.97	+ 2.98	—	0.01
Magdeburg	3.05	+ 3.20	—	0.15
Zangermünde	3.18	+ 3.40	—	0.22
Wittenberge	2.64	+ 2.34	—	0.30
Obnitz, Pegel	2.12	+ 2.09	0.03	—
Leuenburg	2.10	+ 2.10	—	—

Eingesandt.

Schäffer und Sudenburg. Bei dieser Firma ist kürzlich eine Arbeiterentlassung vorgekommen, die wert ist, einer Besprechung unterzogen zu werden. Der Entlassene ist ein Dreher und arbeitete bereits seit zehn Jahren bei der Firma. Er kennt die Entwicklung der Fabrik- und Arbeitsverhältnisse und hat mit erleben müssen, wie die Löhne sanken. Ihm geht auch hinsichtlich der Behandlung der Arbeiter durch einen Meister so manches nicht. Er sagte den Entschluß, sein möglichstes zu thun, um bessere Verhältnisse herbeizuführen. Im Vertrauen zur Firma richtete er an diese ein Schreiben, indem er all das hervorhob, was seinen Anwillen erregte. Er drückte in diesem Schreiben über den Niedergang der Löhne seine Missbilligung aus und schrieb dabei u. a.: „Meine Arbeit besteht in der Fabrikation von Riemenscheiben

und Zahnradern für Regulatorbau. Für Riemen scheiben wurde bisher für den Millimeter 1 Pfennig berechnet. Man mußte bisher immer, was man für die Arbeit bekam, ehe man es in Arbeit nahm. Bei Meißner & giebt es diesen Lohnsatz fest nicht mehr; er meint, die Preise seien zu hoch. Man weiß jetzt nicht mehr, was man für ein Stück Arbeit bekommt. So geschieht es dann, daß man jedesmal beim Preis schreiben mit dem Meister in Differenzen gerät, wobei er dann bei etwaigem Einspruch sofort mit Entlassung droht. In voriger Woche habe ich ein Paar Zahnradern aus Metall gelehrt. Nach Schmelze und Zeichnung für dieselben ist der alte Preis 1,20 Mark. Diesen Preis habe ich im Vorjahre erhalten. Heute erhalte ich nur 70 Pfennig. Auf meine Einwendungen sagte der Meister: es giebt nicht mehr, und sollte ich es noch mal wagen, zu sagen, er hätte mir im Vorjahre 1,20 Mark geschrieben, so sollte ich meine Arbeit abliefern; ich wäre dann entlassen.

gehobenen Angelegenheiten wurden besprochen und die ganze Beschwerde als auf Irrtümern beruhend hingestellt. Es wurde seitens der Firma erwähnt, es seien bisher noch keine Beschwerden eingelaufen, auch sei der Lohn nicht schlecht. Herr Dressel unterzog den Fall mit den Zahnradern einer genauen Prüfung. Ein Werkführer wurde gerufen. Derselbe gab sein Wissen zum Besten in einer Weise, das Kopfschütteln erregen kann. Seinen Ausführungen wurde aber Wert beigelegt und des Arbeiters Beschwerden waren „widerlegt“.

Man muß bedenken, daß es für einen Arbeiter, der zehn Jahre in einem Werke mit so großer Arbeitsteilung thätig ist, nicht so leicht ist, plötzlich eine andere Spezialarbeit zu leisten. Es kommt weiter in Betracht, daß der hier in Frage kommende Dreher, nach seinen Angaben, nicht gute Augen besitzt, was bei Ausübung der neuer Arbeit hinderlich ist. Der Dreher beschwerte sich abermals und zwar beim Werkführer, doch hier richtete er nichts aus. Die Frau des Drehers war währenddem bei Herrn Dressel vorstellig geworden. Derselbe versprach den Fall zu prüfen und vor der Hand nichts gegen den Dreher zu unternehmen. Da jedoch keine Abhilfe eintrat, begab sich der Dreher zu Herrn Dressel. Derselbe ließ seinen Werkführer holen, welcher die Angaben des Drehers bezüglich seiner schwachen Augen und der Behinderung der neuer Arbeit durch dieselben, zu widerlegen suchte. Es kam zu Auseinandersetzungen, bei denen der Dreher an dem „fachverständigen“ Urteile des Werkführers zweifelte resp. selbiges nicht anerkannte. Die Folge war die Entlassung des Arbeiters.

Das Schreiben zählte noch weitere ähnliche Fälle auf. Der Absender des Schreibens wurde zum Inhaber der Firma geladen, freundlich empfangen und angehört. Die im Schreiben herbe-

neue Arbeit nicht machen wollte, konnte er aufhören mit Arbeiten.

So geschehen bei Schäffer und Budenberg.

J. Kirsteins
Tuch-, Buckskin-, Cheviot-
Reste
auch passend für
Herrn- und Knaben-Anzüge
sind großartig im Tragen und werden zu
fabelhaft billigen Preisen
verkauft.
Breiteweg 181, 1. Etage, Eingang Himmelreichstr.

Rock- und Jackett-Anzüge 12-45 M
Sommer-Paletots 12 1/2-30 M
Havelocks u. Pelerinen-Mäntel
9 1/2-25 M
Hosen in Cheviot, Kamungarn etc.
3 1/2-12 M
Jacketts u. Joppen 5-15 M
Radfahrer-Anzüge
12-25 M
Radfahrer-Hosen
4 1/2-7 M
Jünger-Anzüge
9-20 M
Knaben-Anzüge
3-15 M

Heinrich Casper
Spezial-Geschäft für elegante Herren- und Knaben-
kleidung
Magdeburg Breite Weg 133
1082
Größtes Stofflager.
Anfertigung nach Maß.
Arbeits-Garderobe
Leichte Sommer-Jacketts 1.25-6 M.
Wash-Hosen 1.75-5 M.

Räumungs-Anverkauf.
Am 1. Juli cr. vergrößere ich meine Geschäfte räume und, um mit meinem
großen Lager
fertiger Schuhwaren
für Herren, Damen und Kinder
zu räumen, verkaufe ich zu
bedeutend herabgesetzten Preisen.
Adolph Diesing
Alte Markt 3 und 4, Ecke der Schuhbrücke.

Emil Falter
Schirmen u. Stöcken.
Reparaturen und Sezüge.
Als ärztl. geprüfte Massense
Frau Lehmann, Sommermann-
straße 22.

H. Reichardt
Schuh-Geschäft
Neustadt, Breite Weg No. 120a | 2. Verkaufsstelle: Magdeburg, Breite Weg No. 207, neben der Hauptpost
empfiehlt in großer Auswahl
Schuhe u. Stiefeln
in solider Ware zu billigsten Preisen.

Die Firma **L. Maerker**, Breiteweg 80/81, Ecke Katharinenkirche, altes und größtes Kleider-Magazin der Selbstanfertigung, empfiehlt ihr
großes Lager in fertigen Herren- u. Burschenanzügen
sowie Sommer-Paletots, großes Speziallager in Knabenanzügen, vom billigsten bis feinsten Genre. In den oberen Räumen Duostins, Lüche und Cheviots nach jedem beliebigen Maße, sowie leichte Sommerstoffe jeder Art zum Ausschnitt. Anfertigung nach Maß in größter Auswahl der in- und ausländischen Stoffe, garantiert bester Ausführung. Anzüge nach Maß werden schon geliefert von 30 M. an, Duostinskleider von 9 M. an in modernen, haltbaren Stoffen.

L. Maerker
80/81 Breiteweg 80/81, Ecke Katharinenkirche
Größtes u. ältestes Kleider-Magazin u. Wäsche-Geschäft.

Cigarren, selbst gearbeitet
K. Fischer, Grosse Mühlenstrasse 13.

Lehmann & Arndt
Neustadt, Br. Weg 24
Ecke Ritterstraße.
Größtes und billigstes Spezial-Geschäft für
fert. Herren- u. Knabengarderobe am Platze.

Herrn-Rock-Anzüge
12 und 15 M.
Havelocks
5 M.
Beinkleider
2 M. 3 M. 4 M. 5 M. 6 M. 7 M. 8 M. 9 M. 10 M. 11 M. 12 M. 13 M. 14 M. 15 M.
Große Auswahl
Knaben-Anzüge
nach Maß.
Sommer-Paletots
12 M.
Jünglings-Anzüge
4 M.
Radfahrer-Anzüge
12 M.
Radfahrer-Pluderhosen
3 M. 4 M. 5 M.
Knaben-Wash-Anzüge
1 M. 2 M. 3 M.
Knaben-Wash-Blusen
1 M. 2 M. 3 M.
Washedte Schul-Anzüge
1 M. 2 M. 3 M.



Eier
Gustav Baummeister
Sudenburg, Breiteweg 113
Fersprecher Nr. 323.

Feine Tischbutter d. Pfd. 1.00 M.
Feinste Molkereibutter d. Pfd. 1.10 M.
Das allerbeste Produkt 1.20 M.

Große Eier
das Wunder 60
das Schöne 230
frische ausgepackt d. Pfd. 65
das Schöne 240

Altmarker Trinkeier
trafen heute ein. 1075

Gutes Landrot
ca. 5 1/2 Pfund schwer, nur 43 Pfg.
empfiehlt die **Butterhandlung** von
1047 **Heinrich Riedel**
Sudenburg, Feinbäckstraße 60.

Guten in allen Größen stets vor-
rätig. Große Mühlenstraße 2. 123